

Studienabschlussarbeiten

Faculty of Social Sciences

UNSPECIFIED

Raab, Nicklas:

Sozialpolitik in den USA – Auswirkungen von Wahlen im Bezug auf Ausgabenhöhen von Sozialausgaben in den USA von 1980 bis 2019

Bachelor, Winter Semester 2023

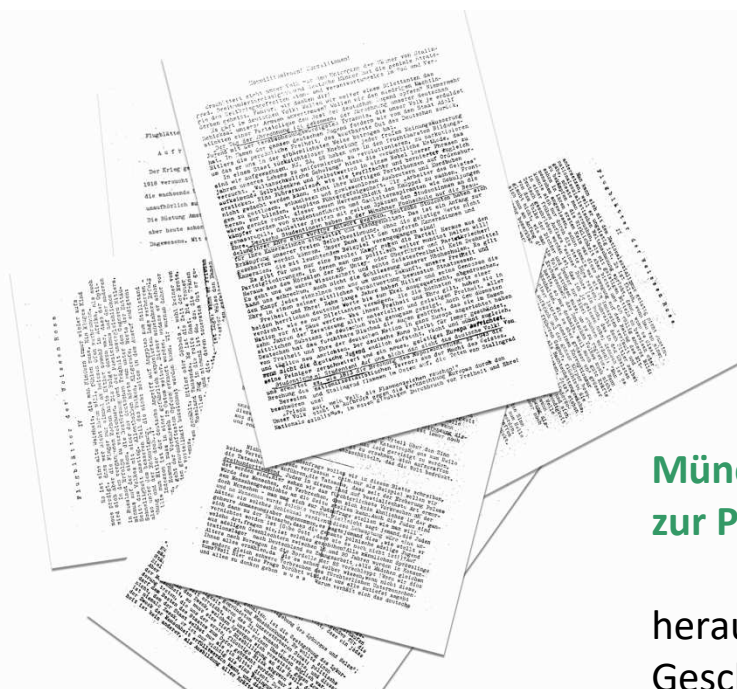
Faculty of Social Sciences

UNSPECIFIED

UNSPECIFIED

Ludwig-Maximilians-Universität München

<https://doi.org/10.5282/ubm/epub.94367>



Münchener Beiträge zur Politikwissenschaft

herausgegeben vom
Geschwister-Scholl-Institut
für Politikwissenschaft

2022

Nicklas Raab

**Sozialpolitik in den USA –
Auswirkungen von Wahlen im Bezug
auf Ausgabenhöhen von
Sozialausgaben in den USA von 1980
bis 2019**

Bachelorarbeit bei
Dr. Michael Neureiter
2022

Abstract

Die vorliegende Bachelorarbeit befasst sich mit der Gesellschaftspolitik in den USA und der Rolle politischer Akteure im Bezug auf das Einsetzen von Sozialpolitik als politisches Mittel. Hieraus ergibt sich die Forschungsfrage: Gibt es eine Korrelation zwischen der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik im Konnex auf Vote-Seeking (V-S) durch politische Akteure im Zusammenhang mit Wahlen von 1980 bis 2019? Die Problemstellung gliedert sich in dem weitläufigen Bereich der Sozialpolitik, der Vielschichtigkeit der Gründe hinter Policy und V-S, der weiten Einflussmöglichkeiten auf die Ausgabenhöhe von Sozialpolitik im Bezug auf Kongress und Präsidenten sowie externer Faktoren ein. Der Arbeit liegt die Hypothese zugrunde, dass die Ausgabenhöhen von Sozialpolitik aufgrund von Parteipositionen von Demokraten sowie Republikanern beeinflusst werden müssten. Mithilfe der Entwicklung der Ausgabenniveaus von Sozialpolitik in % des BIP der USA von 1980 bis 2019 werden jährliche Ausgabenhöhen isoliert. Auf deren Basis werden Ausgabenvergleiche sowie Trendverläufe herausgestellt und bezogen auf Kongress- sowie Präsidentschaftswahlen jeweils vor und nach Wahlen analysiert. Die abhängige Variable ist hierbei die Ausgabenhöhe von Sozialpolitik, unabhängige Variablen sind Wahlen sowie V-S politischer Akteure. Aufgrund fehlender Regelmäßigkeiten, schwankenden Mustern sowie nicht vorhandener Transitivität der Rückschlüsse kann die Annahme eines Zusammenhanges nicht alleinig auf den Einfluss politischer Akteure sowie Parteigrundsätze beschränkt werden. Es wird vermutet, dass andere Faktoren (z. B. OECD, Weltwirtschaft) eine Wirkung auf die Ausgabenhöhe haben. Um die Forschungsfrage zu beantworten, wurde eine qualitative Analyse durchgeführt.

Inhalt

1 Einleitung	1
2 Amerikanische Sozialstaatlichkeit als politikwissenschaftliches Problem.....	5
2.1 Begriffserklärung.....	5
2.2 Literaturüberblick.....	6
2.3 Falleinführung	9
3 Hypothese: Sozialpolitik als Mittel des Vote-Seeking.....	12
4 Einfluss von Wahlen auf die Ausgabenhöhe von Sozialpolitik	14
4.1 Wechsel der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik vor Wahlen	18
4.1.1 Veränderung der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahr	18
4.1.2 Trendveränderungen der Ausgabenhöhen.....	22
4.2 Wechsel der Ausgabenhöhe von Sozialausgaben nach Wahlen.....	30
5 Fazit.....	36
6 Literaturverzeichnis.....	40
7 Abkürzungsverzeichnis	43
8 Anhang	44

Abbildungen

Abbildung 1 Relative Häufigkeit der Erwähnung von „Vote-Buying“ in Büchern	3
Abbildung 2: Sozialausgaben von 1980 bis 2019 der USA – OECD	15
Abbildung 3: Muster der Thesen der Veränderung von Sozialausgaben durch Vote-Seeking ...	17
Abbildung 4: Sozialausgaben von 1980 bis 2019 der USA – Trendveränderungen	24
Abbildung 5: Schema der Beurteilung von Trendveränderungen	33
Abbildung 6: Berichte über Sozialreformen der 50 größten Zeitungen in den USA zwischen Januar 1998 und September 2000	44
Abbildung 7: Berichte über Sozialreformen der 50 größten Zeitungen in den USA zwischen Januar 1998 und September 2000 – positive, neutrale und negative Tendenzen	44
Abbildung 8: Einfache Darstellung der Entscheidungsfindung nach der Rational-Choice Theorie	46
Abbildung 9: Einfache Darstellung der Beeinflussung politischer Akteure nach der Rational- Choice Theorie	46

Tabellen

Tabelle 1: Kurzfristige Ausgabenveränderung der Sozialausgaben von 1980 bis 2019 der USA	19
Tabelle 2: Überblick über Mehrheitsverhältnisse von Demokraten und Republikanern im Kongress und der Präsidentschaft bezogen auf Ausgabenhöhen vor Wahlen von 1980 bis 2019	21
Tabelle 3: Sozialausgaben von 1980 bis 2019 der USA – aufgeschlüsselte Trendveränderungen vor und nach Wahljahren	25
Tabelle 4: Überblick über Trendveränderungen der Sozialausgaben in % des BIP der USA von 1980 bis 2019 vor Wahlen bezogen auf Mehrheitsverhältnisse im Kongress und der Präsidentschaft nach Parteizugehörigkeit.....	27
Tabelle 5: Überblick über Mehrheitsverhältnisse von Demokraten und Republikanern im Kongress und der Präsidentschaft bezogen auf Trendveränderungen vor Wahlen von 1980 bis 2019	28
Tabelle 6: Überblick über Trendveränderungen der Sozialausgaben in % des BIP der USA von 1980 bis 2019 nach Wahlen bezogen auf Mehrheitsverhältnisse im Kongress und der Präsidentschaft nach Parteizugehörigkeit.....	32
Tabelle 7: Schlussfolgerung der Trendveränderungen unter alleinigen Mehrheiten im Kongress sowie der Präsidentschaftszugehörigkeit von 1980 bis 2019	34
Tabelle 8: Überblick über Mehrheitsverhältnisse von Demokraten und Republikanern im Kongress sowie der Präsidentschaft nach Wahlen von 1980 bis 2019.....	45
Tabelle 9: Social Expenditure - Aggregated data von 1980 bis 2019	47

1 Einleitung

„Johnson was sitting at a table in the center of the room—and on the table there were stacks of five-dollar bills. ‚That big was just covered with money—more money than I had ever seen,‘ Jones says. (...) Mexican American men would come into the room one at a time. Each would tell Johnson a number—some, unable to speak English, would indicate the number by holding up their fingers—and Johnson would count out that number of five-dollar bills, and hand them to him. ‚It was five dollars a vote,‘ Jones realized. ‚Lyndon was checking each name against a list someone had furnished him with. These Latin people would come in, and show how many eligible votes they had in the family, and Lyndon would pay them five dollars a vote.‘“
(Morgan & Várdy, 2012, p. 818f.).

Das Zitat beschreibt die von Lyndon Johnson organisierte Kongresskampagne für 1934 von Maury Maverick und thematisiert den Kauf von Wählerstimmen. Der Secret Ballot¹ von 1884 sollte solche Vorkommnisse verhindern, jedoch konnte in Texas durch Übereinstimmung der Registrierungsnummer und der Wahlzettelnummer ein Stimmenkauf bis 1949 stattfinden. Die bis dahin erkennbare Offensichtlichkeit und Durchführung wurden in den Vereinigten Staaten von Amerika offen gehandhabt. Aus aktueller Sicht ist die beschriebene Stimmenbeeinflussung und Nachverfolgung von Wählerstimmen durch Überarbeitung des Secret Ballot in den USA nicht mehr möglich.

Das vorausgegangene Zitat zeigt die direkte Beeinflussung der individuellen Wahlentscheidung, hier durch den Kauf einer Wahlstimme. Es ergibt sich die Frage, ob und wie Stimmenbeeinflussung noch Einzug in jüngste Wahlkämpfe hält. Neben dem Stimmenkauf gibt es nahezu unendlich viele Einflussmöglichkeiten, beispielsweise durch mediale Beeinflussung, finanzielle Anreize oder Androhungen. Die Eingrenzung der Forschungsfrage ist aufgrund des weiten Feldes des V-S und dessen Einfluss auf Sozialpolitik zu erklären.² Diese bezeichnet zunächst alle Maßnahmen, welche für ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit sorgen. Den gesamten Bereich des V-S in den USA im Bezug auf Sozialpolitik zu untersuchen, würde den vorgegebenen Rahmen der Arbeit überschreiten. Der Grundgedanke der Arbeit entspringt der Frage, ob Sozialpolitik als politisches Mittel in den USA eingesetzt wird. Hierbei liegt die Beschränkung auf dem Einfluss der Ausgabenhöhe im Gebiet der Sozialpolitik durch Wahlen. Um Einflüsse politischer Akteure im Bereich der Sozialpolitik sichtbar zu machen, blickt die

¹ Der Secret Ballot ist eine Wahlmethode, bei welcher die Wähleridentität bei Wahlen geheim bleibt. Stimmenbeeinflussung soll somit verhindert und die politische Privatsphäre eingehalten werden.

² Es kann in negatives- und positives V-S unterschieden werden. Letzteres beschreibt die Verlagerung von populärer Sozialpolitik nahe an politische Akteure betreffende Wahlen, negatives V-S die Verlagerung unpopulärer Sozialpolitik möglichst weit entfernt von Wahlen. Beide Formen dienen der Stimmenmaximierung (Vgl. Köhler, 2018, p. 94).

Arbeit auf die Ausgabenhöhen von Sozialpolitik unter republikanischen als auch demokratischen politischen Akteuren.

Die Forschungsfrage bezieht sich auf ein mögliches Einsetzen von Sozialpolitik als politisches Mittel in den Vereinigten Staaten von Amerika. Gibt es eine Korrelation zwischen der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik im Konnex auf Vote-Seeking (V-S) durch politische Akteure im Zusammenhang mit Wahlen von 1980 bis 2019? Wird demnach die Ausgabenhöhe von Sozialpolitik im Zusammenhang mit Wahlen in den USA als politisches Instrument im Bezug auf V-S eingesetzt? Wenn eine Korrelation zwischen Wahlen respektive (resp.) politischer Mehrheitsverhältnisse im Bezug auf die Höhe von Sozialausgaben festgestellt werden kann, so kann auf die Verwendung von Sozialausgaben als politisches Mittel geschlossen werden. In Demokratien wie den USA wird Macht zeitlich begrenzt verliehen. In regelmäßigen Abständen müssen sich Politiker Wahlen stellen und eine ausreichende Anzahl an Stimmen generieren, um deren politisches Fortbestehen sicherzustellen.

Die Forschungsfrage ist aufgrund der dürftigen Studien und der fehlenden Diskussion in der Literatur noch nicht beantwortet. In Lateinamerika ist der Stimmenkauf gut erforscht, jedoch nicht in den USA.³ Bisherige Modelle der Stimmenbeeinflussung sind in Glaubwürdigkeit von Versprechen und Leistungsschwelle von Amtsinhabern einteilbar. Ersteres beruht auf der Annahme, dass Wahlentscheidungen aufgrund der Glaubwürdigkeit von Versprechungen politischer Akteure getroffen werden, wobei Authentizität vorausgesetzt wird.⁴ Letzteres geht davon aus, dass sich Wähler auf eine Leistungsschwelle von Amtsinhabern verständigen und bei Erreichen der Schwelle die verantwortlichen politischen Akteure wiederwählen, wobei die Einigung auf eine Leistungsschwelle erwartet wird (Vgl. Hanusch, et al., 2016, p. 2).⁵ Studien und Literatur zu V-S liegen in begrenzter Menge vor, beziehen sich allerdings bezüglich Sozialpolitik als politisches Mittel größtenteils nicht auf die USA. Die Ausrichtung der bisherigen Forschung ist nicht länder-, sondern themenspezifisch und internationaler, wodurch das bisherige Forschungsfeld äußerst gering erscheint. Hierin liegt auch die Forschungslücke. Die Arbeit blickt auf die USA, weil aufgrund der Analyse auf Zusammenhänge zwischen regierenden Mehrheiten und der Ausgabenpolitik von westlichen Werten ein geprägtes Zwei-Parteien-System bevorzugt wurde.

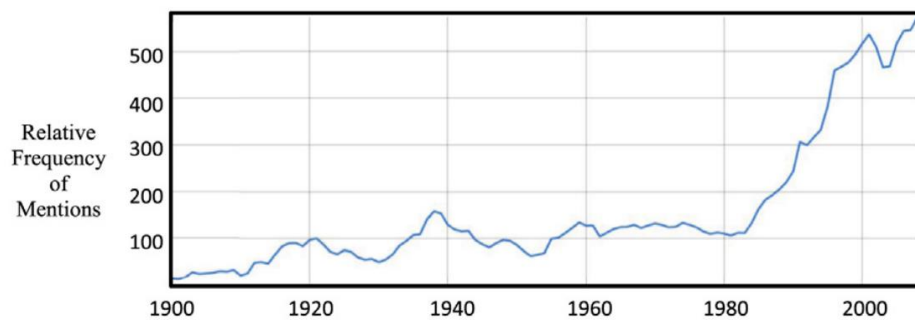
Die folgende Abb. zeigt die relative Häufigkeit der Erwähnung des Begriffes Vote-Buying (V-B) in der Literatur zwischen 1900 und 2010. Bis 1980 ist eine geringe Nennung zu beobachten, danach ist ein starker Anstieg von etwa 100 (1980) zu mehr als 500 (2010) zu erkennen.

³ Vgl. hierzu u. a. (Schady, 2000), (Diaz-Cayeros, et al., 2003), (Brusco, et al., 2004).

⁴ Beruht auf Ex-Ante-Wahlregeln.

⁵ Beruht auf Ex-Post-Wahlregeln.

Abbildung 1 Relative Häufigkeit der Erwähnung von „Vote-Buying“ in Büchern



(Nichter, 2014, p. 316).

Anmerkung: „Relative frequency of mentions based on data from Google N-grams, and represents the number of times the phrase ‚vote buying‘ was printed in scanned books in each given year, per 10 billion two-word phrases (‚bigrams‘) printed in the respective year. For example, in books published in 2000, the phrase ‚vote buying‘ represented approximately 500 per 10 billion bigrams. Data are from 5.2 million scanned books. Annual fluctuations are smoothed using a three-year moving average (default option).“ (Nichter, 2014, p. 316).

Es ist ein ansteigender Trend in der Erwähnung des Begriffes zu beobachten, wodurch ein zunehmendes Interesse der Aufarbeitung im Bereich der Stimmenbeeinflussung zu vermuten ist. Es gibt kaum Literatur, welche den Einfluss von Sozialpolitik als politisches Mittel untersucht resp. die Sozialpolitik als Stimmengenerierung in den USA aufgreift. Das Forschungsproblem liegt in der schweren Differenzierbarkeit der Beweggründe von verändernder Sozialpolitik, Anreiz politischer Akteure sowie der schweren Nachweisbarkeit von Stimmenkäufen. Politische Akteure werden tendenziell selten deren Absichten auf V-S beschränken.

Die Arbeit untergliedert sich in die Einführung der amerikanischen Sozialstaatlichkeit (2) und die Erarbeitung der Hypothese (3) auf welcher anschließend die Fallanalyse (4) basiert. Der Blick auf amerikanische Sozialstaatlichkeit greift zunächst den Zusammenhang des Themas auf, um den Leser in die Sozialpolitik in den USA und einen allgemeinen Kontext für die anschließende Anwendung der Hypothese und Beantwortung der Forschungsfrage einzuführen. Im ersten Unterkapitel, der Begriffserklärung, werden die Grundkategorien des Stimmenkaufes erläutert. Im Literaturüberblick folgt die Aufarbeitung des Forschungsstandes sowie Erläuterung aktueller Forschungsergebnisse. Relevante Studien werden aufgearbeitet, um die folgende Hypothese vorzubereiten. Die anschließende Falleinführung baut auf dem Forschungsstand auf und definiert die wichtigsten Begriffe der Arbeit. Ein allgemeiner Kontext wird auch durch eine Einleitung in die Einteilung von Sozialstaaten nach Esping-Andersen geschaffen. Empirische Informationen über die USA stehen hierbei im Vordergrund. Hintergrundinformationen werden selektiert, bewusst nicht als historischer Rückblick dargestellt, um den argumentativen Zusammenhang zu erhalten sowie eine zwangsvolle Rekonstruktion zu vermeiden. Der folgende Überblick über die Entwicklung von Sozialpolitik in den USA zielt auf den Abbau vorherrschender Vorurteile sowie Einführung in die Historie amerikanischer

Wohlfahrtsstaatlichkeit. Im dritten Kapitel folgen der Aufbau und die Erläuterung der Hypothese sowie die grundlegende Vermutung der Arbeit im Bezug auf Stimmengenerierung politischer Akteure. Im vierten Kapitel, dem Schwerpunkt der Arbeit, wird die Hypothese in Verbindung auf Ausgabenveränderungen von Sozialpolitik untersucht. Hierfür erfolgt der Blick auf Ausgabenhöhen und Trends vor Wahlen sowie Trendentwicklungen danach von 1980 bis 2019 in den USA. Die Ergebnisse, die Beantwortung der Forschungsfrage sowie weiterführende Überlegungen werden im Fazit genannt.

Der gewählte Aufbau folgt der Argumentationsstruktur der Arbeit mit dem Ziel, alle Leser, auch ohne Hintergrundwissen, zu erreichen. Die Zielsetzung liegt in der Verknüpfung von Ausgabenhöhen in der Sozialpolitik mit Wahlen sowie der Klärung, ob diese als politisches Mittel von politischen Akteuren eingesetzt wird. Die Arbeit ist bewusst qualitativ, um eine standardisierte Datenerhebung zu vermeiden und die Untersuchung von Zusammenhängen auf die jeweils beste Untersuchungsmethode zu analysieren. Der Schwerpunkt der Analyse besteht in der Interpretation der Ergebnisse der unterschiedlichen Auswertungsmethoden.

2 Amerikanische Sozialstaatlichkeit als politikwissenschaftliches Problem

2.1 Begriffserklärung

Es kann zwischen verschiedenen Strategien der Beeinflussung von Wählerstimmen resp. der Stimmengenerierung von politischen Akteuren unterschieden werden, welche sich allesamt auf den Austausch von Gefälligkeiten zwischen politischen Akteuren und Wählern stützen (Vgl. Hanusch, et al., 2016, p. 2). Die gängigsten Begriffe sind V-S, V-B und Turnout-Buying.

Turnout-Buying bezeichnet die Beeinflussung des Wahlgangs. Dies kann durch die Ausgabe von Geld, Sachleistungen oder anderweitigen Belohnungen erfolgen (Vgl. Gans-Morse, et al., 2009, p. 2). Die spezifische Wahlentscheidung wird hierbei nicht überwacht, es geht lediglich um eine Teilnahme an der Wahl ohne eine besonders geforderte Stimmenabgabe. „Because if you didn't give them anything, then they wouldn't come out“ (Nichter, 2008, p. 19).

Unter V-B versteht die Arbeit eine Belohnung von gegnerischen oder unentschiedenen Wählern, damit sie im Interesse des „Vote-Buyers“ stimmen. Dies bedeutet, dass die Wahlstimme durch politische Akteure resp. Parteien erkauft wird, sei es durch Versprechen, direkte Sachleistungen oder Drohungen. Die geforderte Wahlentscheidung muss hierbei nachgewiesen werden, um eine „Belohnung“ zu erhalten. Dies bedarf mindestens die Möglichkeit von Parteien, bestimmte Wahlpräferenzen zu erfassen und die politische Richtung dementsprechend auszurichten (Vgl. Gans-Morse, et al., 2009, p. 4). Ziel ist es, den politischen Gegner durch Stimmengenerierung resp. Stimmenabkehr zu schwächen.⁶

V-S bezieht sich auf den allgemeinen Begriff Office-Seeking⁷ – Streben nach Ämtern – und wird in der vorliegenden Arbeit als Strategie politischer Akteure (Staaten, Regierungen, Parteien, Organisationen) verstanden. Letztere konkurrieren im politischen Wettbewerb um Wählerstimmen resp. politische Ämter. In diesem Prozess bezeichnet V-S die Auslegung der Politik, um möglichst viele dieser Wählerstimmen zu erhalten.⁸ Der politische Wettbewerb kann als soziale Interaktion politischer Akteure verstanden werden (Vgl. Benz, 2007, p. 54f.). „Im politischen Wettbewerb gehe es um die Koordinierung von Handlungen im Hinblick auf die Erreichung gesellschaftlicher Werte oder kollektiver Güter und Leistungen“ (Köhler, 2018, p. 69). Die Arbeit greift bewusst auf den Begriff V-S zurück, weil sie die Komponente des Strebens

⁶ Die Komponente des „Stimmenkaufes“ wird ausgeschlossen, um den Rahmen der Arbeit nicht zu überschreiten.

⁷ Unter Office-Seeking versteht die Arbeit das Streben politischer Akteure nach Ämtern. Die Ausführung ist hierbei nicht von Bedeutung.

⁸ In der bisherigen Literatur wird der Begriff kaum verwendet. Laver und Sergenti (Vgl. Laver & Sergenti, 2012, p. 251) verwenden den Begriff V-S Policy Shift im Zusammenhang der Verschiebung eigener politischer Themen hin zum politischen Gegner, um sich durch die Verschiebung dessen Wählerklientel zu bedienen (Vgl. Köhler, 2018, p. 69). Die vorliegende Arbeit bezieht sich nicht auf die Verschiebung von Inhalten in andere politische Klientele. Policy (die inhaltliche Dimension in der Politikwissenschaft) Changes sind nur schwer von einem institutionellen Standpunkt zu erklären. Béland geht in dessen Analyse auf diese Problematik ein und zeigt, dass politische Alternativen auf eingeschränkten politischen Paradigmen beruhen. Politische Akteure versuchen politische Alternativen zu formulieren (Vgl. Béland, 2005).

nach Wählerstimmen von politischen Akteuren aufgreift. Die Auslegung von Politik durch politische Akteure steht im Vordergrund. V-B wäre nicht korrekt zutreffend, weil es um die Beeinflussung von Sozialpolitik im Zusammenhang mit Wahlen aufgrund des Ziels der Wählerstimmengewinnung geht.

Innerhalb der politischen Strömung ist ein Druck zu beobachten. Hierbei sind die darin entstehenden Themen entscheidend für die politischen Ergebnisse. Bestimmende Faktoren sind Wahlergebnisse, Druck von Interessengruppen sowie der wahrgenommene Zustand der öffentlichen Meinung. Die Wahl einer Regierung kann die politische Agenda umgestalten. Es entstehen neue Interessengruppen und Themen (Vgl. Béland, 2005, p. 10). Es gilt anzumerken, dass ohne politischer Unterstützung Ideen nicht in die Gesetzgebung aufgenommen werden. Unpopuläre Maßnahmen müssen durch Schuldzuweisungen gerechtfertigt werden (Vgl. Béland, 2005, p. 13). Unter Agenda-Setting versteht die Arbeit den Prozess, bei welchem Themen der öffentlichen Agenda aufgegriffen werden und auf die Tagesordnung gesetzt werden, folglich die Themenumsetzung durch politische Akteure.

2.2 Literaturüberblick

In der bisherigen Forschung stehen die Modalitäten der Stimmenbeeinflussung, insbesondere die Frage der Sicherstellung und Wirksamkeit durch politische Akteure im Vordergrund. Es gibt verschiedene Erklärungsmuster, welche sich mit dem Kontext der Fragestellung befassen. Ein Bereich liegt in den Studienergebnissen zum Einsatz von Sozialpolitik als politisches Mittel.

Um V-S effektiv zu betreiben resp. verschiedene Wählergruppen zu erreichen, müssen politische Akteure zwischen Stammwählern, deren Unterstützung nahezu gesichert ist, sowie wandernden Wählern unterscheiden, deren Stimmen erreicht werden müssen. Politische Akteure sind sich diesem Unterschied bewusst (Vgl. Cox & Kousser, 1981). Im Bezug auf Sozialpolitik können politische Akteure deren Ausrichtung des Wahlkampfes dahingehend beeinflussen, dass sozialpolitische Maßnahmen direkt auf Wählergruppen zugeschnitten sind. Hierbei ist von Bedeutung, ob und inwiefern sich Politiker gefragter Politik bewusst sind und ob Letztere populäre Politik nachahmen. Im Falle eines Bewusstseins für gefragte Politik kann bei den Akteuren klare Kenntnis für V-S festgestellt werden. Besley und Case analysieren hierzu Steuerentscheidungen in den USA von 1960 bis 1988 und zeigen, dass politische Akteure gelungene Politiken anderer Politiker nachahmen, um selbst bei anstehenden Wahlen erfolgreich abzuschneiden. V-S und Steuererhebungen hängen durch die Verknüpfung von Messlatte und Wettbewerb zusammen (Vgl. Besley & Case, 1995).

Bei der bewussten Wahlkampfausrichtung spielen Steuerhöhen einen Einfluss auf die Popularität von politischen Akteuren. Hubka und Obermann veranschaulichen in ihrer Arbeit zur Entwicklung von Staatsausgaben in Österreich von 1955 bis 1975, dass populäre Ausgaben vor

Wahlen stärker steigen als danach (Vgl. Hubka & Obermann, 1977). Die Autoren konnten zeigen, dass dies insbesondere im Bereich der Sozialpolitik zu beobachten ist (Vgl. Köhler, 2018, p. 21). Vor Wahlen tendieren Amtsinhaber dazu, V-S⁹ zu erhöhen, um deren Chancen auf Wiederwahl zu verbessern. Stimmenbeeinflussung findet hierbei durch unterschiedliche Haushaltszyklen statt (Vgl. Hanusch & Keefer, 2014). Dahingehend richten politische Akteure Sozialpolitik im Interesse des V-S an Wahlen aus. Im Bezug auf Stimmenmaximierung durch V-S zeigt sich, dass sich im Zusammenhang stehende Initiativen am Stimmvolk maximieren, weil die retropektivische Betrachtung der Ergebnisse durch politische Akteure eine Entscheidung des Wählers beeinflussen (Vgl. Köhler, 2018, p. 93).

Bisherige Forschungsergebnisse zeigen, dass der Konsens der Sozialpolitik als politisches Mittel zutrifft. Problematisch ist, dass sich Hubka und Obermann sowie Köhler in ihren Erkenntnissen, dass Sozialpolitik als politisches Mittel, insbesondere im Zusammenhang mit V-S eingesetzt wird, auf deutsche resp. zentraleuropäische Sozialpolitik beziehen. Bezogen auf die USA kann die Arbeit auf keine öffentlich zugänglichen Studien aufbauen, welche den reinen Bezug von Sozialpolitik als V-S Instrument durch politische Akteure offenlegen.

Aufgrund des Studienbezuges auf länderspezifische Maßnahmen im Bereich der Sozialpolitik ist es problematisch, hieraus entstandene Ergebnisse auf andere Länder zu übertragen. Unterschiedliche Typen des Sozialstaates beeinflussen die Wirkung von Sozialpolitik bezogen auf Wahlen sowie deren Ausrichtung. Höhere sozialpolitische Ausgaben vor Wahlen können im Ländervergleich unterschiedlichste Konsequenzen hervorrufen. Ergebnisse aus europäischen Länderstudien können daher nicht zweifelsfrei auf die USA übertragen werden. Neuere Studien, welche sich u. a. mit Stimmenbeeinflussung sowie Beeinflussung politischer Akteure im Bereich der Sozialpolitik als politisches Mittel in den USA befassen, fehlen. Die Arbeit baut auf den Definitionen und Unterscheidung der Begriffe V-S, Turnout-Buying und V-B auf, wobei Ersterer einen klaren Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit ausmacht.¹⁰ Gans-Morse et al. gehen vertiefend auf die Komplexität der Stimmenbeeinflussung ein und zeigen, dass es in der bisherigen Forschung keine Verschränkung mehrerer stimmenbeeinflussender Faktoren gibt (Vgl. Gans-Morse, et al., 2009).¹¹ Studien, welche einen Zusammenhang zwischen Parteimehrheiten von Demokraten resp. Republikanern auf Sozialausgabenhöhen für die USA analysieren, fehlen.¹² V-S in der Sozialpolitik kann dementsprechend mit weiteren Einflussfaktoren einhergehen, dies wird aber in der aktuellen Literatur im Bezug auf die USA nicht behandelt.

⁹ Die Autoren gehen von Stimmenkauf (V-B) aus, meinen jedoch die gesamte Stimmenbeeinflussung, nach der Definition dieser Arbeit folglich V-S und V-B.

¹⁰ Vgl. hierzu 1.

¹¹ Die Autoren geben einen hervorragenden Einblick in die Kombination weiterer „Vote-Modelle“, die dem Interesse der Stimmenbeeinflussung folgen.

¹² Die Arbeit bezieht sich explizit auf wissenschaftliche Studien. Webartikel sowie Zeitungsartikel greifen die Thematik auf, werden allerdings nicht vertiefend herangezogen.

Im Bezug auf V-S ist die Wahrnehmung politischer Wahlkampfaussagen sowie das Werbemuster für den tatsächlichen Einfluss auf Stimmenbeeinflussung im Bereich der Sozialpolitik von Bedeutung. Inwiefern würde V-S glaubhaft erscheinen, wenn Versprechen von politischen Akteuren seitens der Bevölkerung als nicht relevant erscheinen? Lindbeck und Weibull zeigen, dass Parteien besonders auf unschlüssige resp. unentschiedene Wähler zielen, um Wahlstimmen zu generieren (Vgl. Lindbeck & Weibull, 1987). Jedoch konzentrieren sich die Autoren zu vertieft auf die Überzeugungen der Wähler und deren Wahlpräferenzen, als weitere Einflussfaktoren der Stimmenbeeinflussung einzubeziehen. Cox und McCubbins schlussfolgern, dass Parteien zielgerichtet Güter an loyale Kernanhänger verteilen, um Wahlstimmenbelohnung zu betreiben (Vgl. Cox & McCubbins, 1986). Im Bezug auf die Sozialpolitik lässt dies darauf schließen, dass Sozialpolitik als „Wahlbelohnung“ angesehen werden kann, folglich als Lockmittel.

Um V-S im Bereich der Sozialpolitik durchzuführen, bedarf es eines anfänglichen Versprechens mit dem Ziel der Auslegung der Politik nach möglichst vielen Wählerstimmen. Von entscheidender Bedeutung ist, inwiefern Wähler auf diese Versprechen resp. Angebote eingehen und nicht letztendlich an der tatsächlichen politischen Umsetzung zweifeln. Wenn sozialpolitische Versprechen ungewiss erscheinen, inwiefern ist V-S dann noch effektiv resp. kann es als politisches Mittel umgesetzt werden? Dupond, et al. zeigen, dass Wähler zu einem großen Teil davon ausgehen, dass Wahlversprechen selten oder nie tatsächlich umgesetzt werden. Die Analyse zeigt ebenfalls, dass Wahlversprechen als Hilfsmittel bei Wahlentscheidungen wahrgenommen werden können (Vgl. Dupond, et al., 2018). Bezogen auf Sozialpolitik als politisches Mittel deutet die Analyse darauf hin, dass diese als Orientierung genutzt wird. Auf Kosten-Nutzen-Faktoren beschränkt ist der Stimmenkauf effektiver als Informationskampagnen (Vgl. Cruz, et al., 2018). Diese Erkenntnisse sind jedoch problematisch, weil sich die Analyse auf Deutschland bezieht und die Ergebnisse aufgrund der Unterschiede in der Sozialpolitik und dem Aufbau des politischen Systems nicht zweifelsfrei auf die USA übertragen werden können.

Neben der Pfadabhängigkeit liegt der Einfluss auf die Agenda außerhalb der Entscheidungsmöglichkeiten politischer Entscheidungsträger (Vgl. Hacker, 2004). Unter einer Agenda versteht die Arbeit Themen und Probleme, welche aus der Gesellschaft entstehen und von staatlichen Akteuren unabhängig von politischen Akteuren bearbeitet werden. Konservative mit Interesse gegen den Wohlfahrtsstaat in den USA untergraben das System, aufgrund dessen man von einem politischen Einfluss auf den Sozialstaat sprechen kann. An dieser Stelle kann jedoch nur angenommen werden, dass dieser Einfluss dem V-S dient. Hacker vertritt die These, dass sozialer Wandel ungewollt sei und außerhalb der Kontrolle politischer Entscheidungsträger liegen würde. Im Bezug auf verändernde Sozialpolitik zeigt Esping-Andersen, dass der Veränderungsprozess unpolitisch sei (Vgl. Esping-Andersen, 1999). Der Sozialstaat reagiert demnach bei Veränderungen nur auf Disjunktionen zwischen Risiken und Nutzen.

Im Gesamtüberblick zeigt sich, dass in der allgemeinen Forschung der Ansatz des V-S durch veränderte Sozialpolitik im Bezug auf Wahlen durchaus aufgegriffen wurde, jedoch stets auf einzelnen Ländern aufbaut resp. Beispiele stark länderbezogen sind. Die Arbeit greift den Grundgedanken des Zusammenhangs zwischen V-S und Steuerentscheidungen auf, indem eine Verbindung bezogen auf Wahlen und Entscheidungen über Höhe von Sozialausgaben herangezogen wird.

2.3 Falleinführung

Um auf einen allgemein übereinstimmenden Begriffskontext aufzubauen, werden zunächst die wichtigsten Begrifflichkeiten definiert. Unter einer öffentlichen Agenda versteht die Arbeit öffentlich diskutierte Themen, welche im Allgemeinen durch Massenmedien in den öffentlichen Diskurs gelangen. Die Funktion von Medien wird oftmals mit dem Begriff Agenda-Setting gleichgesetzt. Durch die Schaffung dieser Agenda bestimmen die Massenmedien demnach die öffentlich diskutierten Themen. Die Art, wie die Themen hierbei erscheinen, kann individuell erfolgen. Die öffentliche Agenda beschreibt die Interaktion zwischen öffentlicher Meinung und Themen der Medien, welche nur schwer politisch beeinflussbar sind (Vgl. Béland, 2005, p. 6). Neben der öffentlichen Agenda gibt es weitere Agenden. Diese sind zwar durch die öffentliche Agenda beeinflussbar, dennoch verfolgen diese ihre eigenen Tagespunkte resp. Aufmerksamkeitsbereiche. Hinter den Kulissen ist es die Arbeit der „Unsichtbaren“, von der öffentlichen Agenda unabhängigen Beamten, welche Gesetzesentwürfe und Tagesordnungspunkte sowie politische Inhalte beeinflussen (Beamte, Lobbyisten, Wissenschaftler, Fachjournalisten, Mitarbeiter der Legislative usw.). Die politische Arbeit wird folglich unabhängig von der öffentlichen Agenda aufgrund der Arbeitsstrukturen fortgeführt (Vgl. Greer, 2015, p. 419). Agenda-Setting und Arbeit im Politikbereich sind voneinander trennbar.

Die politische Agenda beschreibt Themen, welche von politischen Akteuren resp. Entscheidungsträgern selbst auf die Agenda gesetzt werden, folglich für Letztere selbst relevant erscheinen (Vgl. Béland, 2005, p. 6). Das System der USA sieht viele Möglichkeiten eines Vetos politischer Akteure von öffentlicher Agenda bis zur Gesetzesverabschiedung vor. Themen werden hierbei oft durch soziale Lernprozesse konstruiert (Vgl. Béland, 2005, p. 7). Politische Entscheidungsträger können sich nur auf einige Probleme konzentrieren. Entscheidend ist, welche Probleme es aus der Auswahl auf die Agenda schaffen.¹³ Hacker nennt in diesem Zusammenhang das Beispiel der überraschenden Wahl von Harris Wofford, einem demokratischen Kandidaten für den Senat aus Pennsylvania (Vgl. Hacker, 2004). Dieser setzte sich im Wahlkampf u. a. für

¹³ Kingdon stützt sich im Grundsatz auf die Annahme, dass neben der Pfadabhängigkeit der Einfluss auf die Agenda außerhalb der Beeinflussung politischer Akteure liegt (Vgl. Kingdon, 1995).

eine universelle Krankenversicherung ein. Nach dessen überraschender Wahl schaffte er es, US-Beamte zu überzeugen, sich aufgrund des zentralen Wahlkampfthemas mit dem Thema der universellen Krankenversicherung zu befassen (Vgl. Béland, 2005, p. 7).

Sozialstaaten sind in liberal, konservativ sowie sozialdemokratisch einteilbar (Vgl. Esping-Andersen, 1990, p. 111). Die USA sind dem liberalen Muster zuzuteilen, weshalb nachfolgend dieser Typ im Vordergrund steht. In liberalen Sozialstaaten sind die Bürger stark auf Arbeit angewiesen. Es ist ein grobes Netz aus Sozialleistungen erkennbar, allerdings wird dieses von zusätzlichen privaten Absicherungen und Differenzen der Sicherungen zwischen armen und reichen Schichten der Bevölkerung ergänzt (Vgl. Noble, 1997, p. 8f.). Sozialleistungen richten sich v. a. an ein Klientel mit geringen Einkünften, meist aus der Arbeiterklasse. Durch die Grobmaschigkeit und strengen Anspruchsvoraussetzungen der Sozialleistungen und den, meist von armen Bevölkerungsschichten nicht finanzierbaren privaten Erweiterungen, sind die Leistungen mangelhaft (Vgl. Esping-Andersen, 1990, p. 111), (Vgl. Ruggie, 1992, p. 926f.). Die Mittelklasse bleibt auf dem Markt, wird das Sozialmodell nicht an den Staat gezogen. Folglich wehrt sich die Mittelschicht aufgrund der geringen Zuwendung des Wohlfahrtsstaates sowie der hohen Voraussetzungen für Unterstützung gegen eine Ausdehnung des Sozialstaates. Unter den Empfängern ist eine Gleichheit der Armut anzutreffen (Vgl. Esping-Andersen, 1990, p. 117). Die Unterteilungen des liberalen-, sozialdemokratischen- oder konservativen Sozialstaats offenbaren verschiedene Interessen innerhalb des Sozialstaates (Vgl. Esping-Andersen, 1990), (Vgl. Papadakis & Bean, 1993, p. 230).

Ein Blick auf die Entwicklung von Sozialleistungen in den USA zeigt, dass sich das Verständnis gegenüber Sozialleistungen gewandelt hat. Der New Deal in den 1920er-Jahren war die erste sozialpolitische Reform in den USA und bestand aus Wirtschafts- und Sozialreformen. Inhalt waren ein Sozialversicherungssystem, Steuerprogression¹⁴, sowie massive Kürzung der Arbeitszeiten (Vgl. Trattner, 1999), (Vgl. Faricy, 2015, pp. 62, 127f.). Unterstützung sollte als Leistung aus Eigenbeiträgen verstanden werden und nicht als Mittel der Almosen. Ziel dieser Reform war die Bekämpfung der zuvor stark angestiegenen Arbeitslosigkeit und öffentliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. In der Konsequenz wurde die Voraussetzung für eine zweigleisige Ausprägung des amerikanischen Wohlfahrtsstaates in Bundes- sowie einzelstaatliches Sozialversicherungssystem geschaffen. 1933 folgte das „Works Programm“ und 1935 der „Social Security Act“¹⁵. In den 1960er-Jahren folgte die Einführung einer Grundversicherung für Bedürftige und Senioren, Lebensmittelmarken, öffentlicher Wohnungsbau sowie ein Rechtsanspruch für Familienbeihilfe (Vgl. Trattner, 1999), (Vgl. Geschichte und Entwicklung des Sozialsystems in den USA, 2022). Zwischen 1962 und 1974 kam es zu einer Rekonstruktion und Ausweitung des US-amerikanischen Wohlfahrtsstaates,

¹⁴ Anstieg des Steuergrundsatzes in Abhängigkeit zum versteuernden Einkommen.

¹⁵ US-amerikanische Pensionsversicherung.

wobei die Ausgaben von 7,7 % des BIP auf 16 % des BIP anstiegen. Armut ist nun nicht mehr Resultat einer strukturellen wirtschaftlichen Ungleichheit, sondern ein Effekt historisch gewachsener Barrieren. Diese hindert Bürger, die „unbegrenzten Möglichkeiten der USA“ zu erleben. In den 1980er-Jahren erfolgte ein ideologischer Umbruch, in welchem die Angst der Finanzierungsprobleme des Sozialstaates der USA stieg. Unproduktivität und Wettbewerbslosigkeit wurden mit Sozialstaatlichkeit assoziiert, wonach die US-Wirtschaft durch Kosten der Sozialpolitik im internationalen Wettbewerb nicht mehr leistungsfähig sei. Der aufsteigende Neoliberalismus ist ein zentrales Beispiel für diese Entwicklung, wonach der Unternehmergeist durch die Fesseln des Staates gehindert werden würde. Der „Omnibus Reconciliation Act“ (OBRA) von 1981 unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan hob das bundesstaatliche Arbeitsbeschaffungsprogramm auf, verkleinerte das Lebensmittelprogramm um etwa 400.000 Anspruchsberechtigte und schuf weitere Kürzungen im Bereich der Sozialpolitik und sorgte für einen Anstieg der Ungleichheit der Einkommen von Armutsgefährdeten (Vgl. Weaver, 2000), (Vgl. Geschichte und Entwicklung des Sozialsystems in den USA, 2022).

Koordinativer Diskurs ist in Ländern notwendig, in welchen politische Akteure verschiedenster Interessen übereinkommen müssen, um zu koalieren. In den USA ist ein Unterschied zu erkennen. Durch das Mehrheitswahlssystem gibt es stets eine Partei mit politischer Mehrheit, resp. sind in beiden Abgeordnetenhäusern Mehrheiten einer Partei zu finden. Insofern benötigt man in den USA keinen koordinativen Diskurs. Ohne Politiker ist die politische Agenda bestenfalls eine öffentliche Agenda (Vgl. Béland, 2005, p. 14). Ohne Verschiebung der Bedürfnisse von Sozialpolitik gäbe es keine wechselnde Nachfrage. Wähler ändern deren Nachfragen. Hierbei üben Medien einen maßgeblichen Einfluss auf die Meinungsbildung aus (Vgl. Schram & Soss, 2001).

3 Hypothese: Sozialpolitik als Mittel des Vote-Seeking

Wie bereits ausgeführt gibt es unterschiedliche Gruppen von Sozialstaaten.¹⁶ Demnach unterscheidet sich in den verschiedenen Typen von Sozialstaaten ein V-S Akteur in dessen angestrebter Form der Sozialpolitik. In einem liberalen Sozialstaat präferieren Wählergruppen dementsprechend eine andere Sozialpolitik als in sozialdemokratischen Sozialstaaten.

Vorausgegangen wurde gezeigt, dass Akteure deren Handeln nach möglichen Stimmenanteilen ausrichten.¹⁷ Durch die Wahl autorisieren Wähler die Parteien resp. deren Akteure zur Umsetzung der Themen im Bereich der Sozialpolitik. Dies kann als Mittel zur Verknüpfung zwischen Wählern und Kandidierenden (politische Akteure) angesehen werden. Demnach verfolgt die Hypothese den Ansatz, dass Sozialpolitik im Interesse der möglichst hohen Stimmengeneration – Lockmittel für Wählerstimmen – als politisches Mittel eingesetzt wird.

Bei einem Abbau von Sozialausgaben liegt das vordergründige Motiv in geringerer Sozialpolitik. Konservative Gruppen, die Gegner des Wohlfahrtsstaates sind, haben das Interesse, ein Abdriften zu fördern, indem sie langjährige Programme untergraben und Bemühungen blockieren, Sozialprogramme an ändernde soziale Risiken anzupassen (Vgl. Noble, 1997, pp. 124, 140f.), (Vgl. Hacker, 2004, p. 258). Studien zeigen, dass die Ansichten der Republikanischen Partei und deren politischen Akteuren gegenüber Sozialpolitik eher relativ negativ behaftet sind. Dieser rückläufige Trend ist bei einem Rückblick auf sozialpolitische Positionierungen der Republikanischen Partei erkennbar (Vgl. Skocpol & Williamson, 2012). Republikanische politische Akteure stehen in deren Tendenz für eine Privatisierung von Sozialversicherungen und geringeren staatlichen Leistungen resp. Kürzungen von Sozialausgaben (Vgl. Noble, 1997), (Vgl. Faricy, 2015), (Vgl. Krugman, 2017), (Vgl. Gritter, 2018). Republikaner befürworten die Privatisierung der Sozialversicherung (Vgl. Rudolph & Popp, 2008). Ein Rückgang der staatlichen Sozialausgaben wird von konservativen Wählergruppen stärker als von demokratischen Wählern toleriert (Vgl. Noble, 1997, p. 140f.), (Vgl. Rudolph & Popp, 2008). Die 2009 gegründete Tea Party, welche sich u. a. für Steuer- sowie Staatsausgabenreduzierung einsetzt, verstärkt den vorausgegangenen Wählertrend (Vgl. Skocpol & Williamson, 2012). Es kann darauf geschlossen werden, dass unter republikanischer Kontrolle ein Abnehmen der Sozialausgabenhöhe zu erkennen ist und unter demokratischer Kontrolle eher ein Zunehmen des Ausgabenniveaus stattfindet (Vgl. Cook & Barrett, 1992), wenn politische Akteure die Höhe der Sozialausgaben beeinflussen, folglich Sozialpolitik als politisches Mittel eingesetzt wird.

Die Hypothese geht davon aus, dass politische Akteure versuchen, die Höhe von sozialpolitischen Ausgaben nach dem Trend der Partei anzupassen. Ein Einfluss von politischen Akteuren nach Parteipositionierungen wäre dahingehend in der Sozialpolitik nachweisbar, wenn sich die Ausgabenhöhen aufgrund von Mehrheitsverhältnissen verändern würden. Wenn sich

¹⁶ Vgl. hierzu 2.1.

¹⁷ Vgl. hierzu 2.1.

aufgrund des Wechsels politischer Akteure durch Wahlen die Ausgabenhöhe von Sozialpolitik ändert, dementsprechend ein Zusammenhang zwischen der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik und Wahlen festzustellen sein müsste, hätten politische Akteure einen Einfluss. Die Verbindung von V-S mithilfe von Sozialpolitik als politisches Mittel besteht folglich in der Veränderung der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik im Kontext von Wahlen. Durch das in den USA vorherrschende Zweiparteiensystem kann eine Pluralität konkurrierender Parteien festgestellt werden, welche in deren sozialpolitischen Positionen durch die grundlegende Annahme des Abbaus (Republikaner) und des Ausbaus (Demokraten) von Sozialpolitik grob unterscheidbar sind (Vgl. Krugman, 2017), (Vgl. Gritter, 2018). Es gilt anzumerken, dass die nachfolgende Untersuchung keine externen Faktoren einbezieht, folglich nur Mehrheitskonstellationen der Demokraten resp. Republikaner und Höhen der Sozialausgaben einbezieht.

Woher kommt die Vermutung, dass insbesondere in den USA politische Akteure besonders auf sich aufmerksam machen müssen? Der US-amerikanische Politikwissenschaftler und Ökonom Anthony Downs kommt in dessen Arbeit zur ökonomischen Theorie der Demokratie zu dem Schluss, dass politische Akteure, welche V-S betreiben, in Zweiparteiensystemen im Vergleich zu Mehrparteiensystemen verschärft agieren müssen (Vgl. Downs, 1968, p. 290). Dies führt zur Schlussfolgerung, dass durch das verschärfte Agieren V-S resp. im Wahlkampf versprochene Themen insbesondere im Bezug auf Sozialpolitik besonders herausstechen. Wähler stimmen deren Präferenzen am Angebot politischer Akteure resp. deren Positionen ab und vergleichen, welche Angebote den eigenen Präferenzen am nächsten liegen (Vgl. Köhler, 2018, p. 123–125). Dahingehend liegt es nahe, dass politische Akteure deren politische Ausrichtung am Wähler orientieren, um möglichst viele Stimmen zu erhalten.

4 Einfluss von Wahlen auf die Ausgabenhöhe von Sozialpolitik

Der Kerngedanke der Hypothese liegt in der Generierung möglichst vieler Wählerstimmen, um politisches Fortbestehen resp. Stimmenmaximierung zu sichern. Im Fokus steht die von politischen Akteuren gewollte Veränderung der Sozialpolitik. Im Bezug auf deutsche soziale Politik stellt Köhler fest, dass Wahlen einen Einfluss auf Staatsausgaben haben können (Vgl. Köhler, 2018).¹⁸ Nachfolgend greift das Kapitel diesen Ansatz auf und befasst sich mit der Hypothese, dass Wahlen die Ausgabenhöhe von Sozialpolitik bezogen auf die USA beeinflussen.¹⁹ Um ändernde Sozialpolitik auszumachen, werden Trendveränderungen in der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik im Verhältnis zum BIP sowie kurzfristige Änderungen der Ausgabenhöhen herangezogen. Ersteres dient als Referenzzahl zur Ausgabenhöhe, weil das BIP die Wirtschaftsleistung des Staates bemisst und folglich als Referenzwert zwischen Wirtschaftsleistung und staatlicher Ausgabenhöhe dient.²⁰

„Der Wähler bestimmt seine Parteidifferentiale durch den Vergleich des Nutzenstroms aus staatlicher Tätigkeit, den er unter der gegenwärtigen Regierung empfangen hat [...] mit den Strömen, die ihm nach seiner Auffassung zugeflossen wären, wenn die verschiedenen Oppositionsparteien die Regierung ausgeübt hätten.“
(Downs, 1968, p. 48).

Wahlen werden herangezogen, weil diese in direktem Zusammenhang mit dem Grundgedanken des V-S stehen. Je näher vor Wahlen V-S betrieben wird, umso höhere (persönliche) Stimmenanteile gehen daraus hervor (Vgl. Däubler, et al., 2016). Der Ansatz der Analyse besteht darin, dass Wählergruppen durch Veränderungen in der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik beeinflussbar in deren Wahlentscheidung sind, folglich die Abänderung auf V-S basiert.²¹

Nachfolgende Abb. gibt einen Überblick über die Sozialausgaben der USA sowie die durchschnittlichen Sozialausgaben der OECD²², jeweils in % zum BIP von 1980 bis 2019. Die Daten sind in drei Kategorien untergliedert und zeigen die Sozialausgaben in % des BIP der USA, den Durchschnitt der Sozialausgaben in % des BIP in der OECD sowie in % der Gesamtausgaben des Staates der USA. Auf der x-Achse sind die jeweiligen prozentualen Angaben, auf der y-Achse

¹⁸ „Alle Regierungsparteien verfolgen [...] zur (kurzfristigen) Stimulierung des Wachstums kurz vor einer Wahl eine expansive Fiskalpolitik, womit eine Erhöhung der Staatsausgaben und ggf. auch eine Staatsverschuldung verbunden sind, schwenken nach der Wahl aber auf eine restriktivere Politik um, um die Inflationsgefahr zu dämpfen und die Staatsausgaben zu reduzieren.“ (Köhler, 2018, p. 90).

¹⁹ Vgl. hierzu 3.

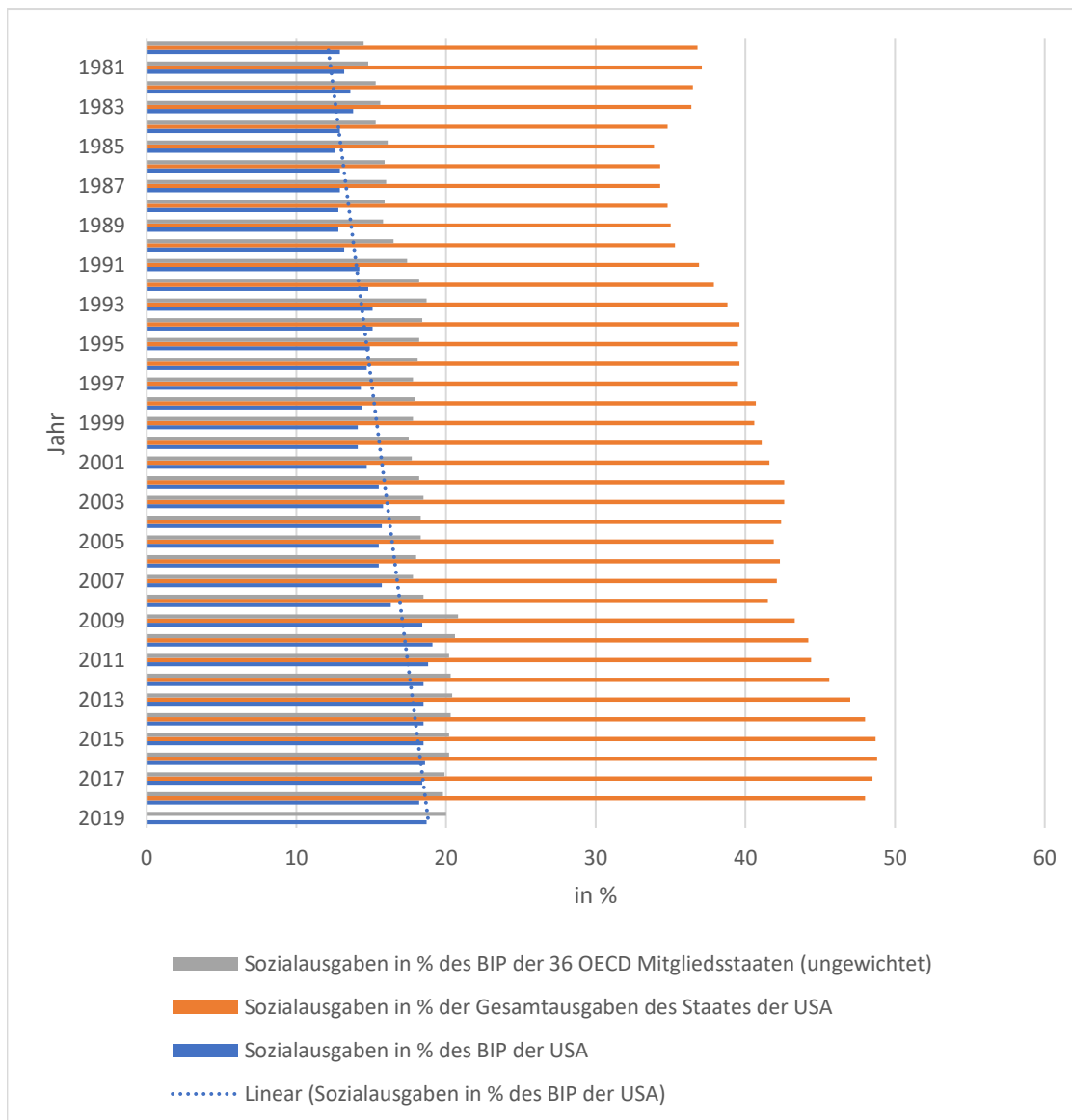
²⁰ Das BIP ist keine Referenzangabe zum allgemeinen Bedürfnis nach Sozialpolitik oder Produktivität der Wirtschaft, weil es keine Relation zwischen Arbeitszeit zu Lohn- sowie Produktivität aussagen kann (Vgl. Fleurbaey & Blanchet, 2013).

²¹ Eine eigene Gewichtung der Sozialpolitik muss bei Wahlentscheidungen berücksichtigt werden. Subjektive resp. objektive Faktoren können die Wahlentscheidung beeinflussen. Die Arbeit kann dies nicht berücksichtigen.

²² Im weiteren Verlauf der Arbeit sind Kolumbien (Beitritt 2020) und Costa Rica (Beitritt 2021) in der Mitgliederanzahl der OECD nicht einbezogen. Dies liegt daran, dass deren Datensätze in die Quelle des Datensatzes zum Zeitpunkt der Arbeit noch nicht eingebunden wurden. Dies hat keine Auswirkungen auf die Ergebnisse der Arbeit.

die Jahreszahlen abgebildet. Die Balkendarstellung veranschaulicht die Entwicklung der Ausgaben sowie eine Vergleichbarkeit zu anderen Jahren. Der lineare Trend der Sozialausgaben in % des BIP ist vertikal dargestellt. Die Arbeit geht auf Veränderung ab 1980 bis 2019 ein. Dies hat neben der Eingrenzung des inhaltlichen Umfangs keine spezifischen Gründe. Im Falle von auftretenden regelmäßigen Korrelationen müssten diese in einem kürzeren Zeitraum ebenfalls zu erkennen sein als in einem längeren Zeitraum.

Abbildung 2: Sozialausgaben von 1980 bis 2019 der USA – OECD



In Anlehnung an: (Social Expenditure – aggregated data, 2022).

Anmerkung: Ausgeschlossen sind Kolumbien (Beitritt 2020) und Costa Rica (Beitritt 2021)
Bei den Daten für 2018-2019 handelt es sich um Schätzungen, die nur für die Gesamtaggregate verfügbar sind.

Aus der Abb. gehen nur Ausgabenniveaus resp. Ausgabenveränderungen hervor. Es gilt anzumerken, dass durch den Blick auf die Gesamtausgaben keine Themenverschiebung und inhaltliche Änderung von Sozialpolitik beobachtet werden können, wenn diese bei den Gesamtausgaben keine Änderungen hervorrufen. Umschichtungen von sozialen Programmen, deren Finanzierungsniveaus, ersetzende soziale Projekte sowie die Gesamtausgaben nicht beeinflussender sozialer Programme gehen nicht hervor. Hieraus entstehen zwei Schlussfolgerungen. Wählergruppen, welche mehr Sozialpolitik fordern oder von Erhöhungen profitieren, werden positiv beeinflusst. Wählergruppen, welche nicht von Sozialpolitik profitieren resp. eine Ausgabensenkung fordern, werden von einer Ausgabenrücknahme positiv beeinflusst. In beiden Fällen ist eine Veränderung der Ausgabenhöhe ein Zeichen für das Einsetzen von Sozialpolitik als politisches Mittel und den Einfluss von Wahlen auf sozialpolitische Ausgaben.

Die folgenden Unterkapitel sind in Wechsel der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik vor sowie nach Wahlen eingeteilt. Bei dem Blick auf die Zeit vor Wahlen erfolgt eine zusätzliche Unterteilung in die Entwicklung der Ausgabenhöhen sowie Trendveränderungen. Alle Veränderungen der Höhen werden stets in Relation zu % des BIP gesehen. Eine Unterteilung in einen Zeitraum vor sowie nach der Wahl erfolgt aufgrund verschiedener Interessen politischer Akteure sowie der zugrunde liegenden Motivation, die Höhe von Sozialausgaben zu beeinflussen.

Im Idealfall für die Demokratische bzw. Republikanische Partei sind die Ausgabenhöhenentwicklungen bereits in deren Interesse. Um einen Zusammenhang nachzuweisen, blickt die Arbeit vertiefend auf Ausgabenveränderungen, weil nur durch Veränderungen im Zusammenhang mit Parteien ein Eingriff politischer Akteure in Ausgabenhöhen von Sozialausgaben nachgewiesen werden kann. Trendveränderungen sind langfristig und können auch auftreten, wenn eine kurzfristige Veränderung der Ausgabenhöhe stattfindet, jedoch der Verlauf im Vergleich zu den vorausgegangenen Jahren unterschiedlich ist. Diese Veränderungen beziehen sich auf die Gesamtentwicklung.

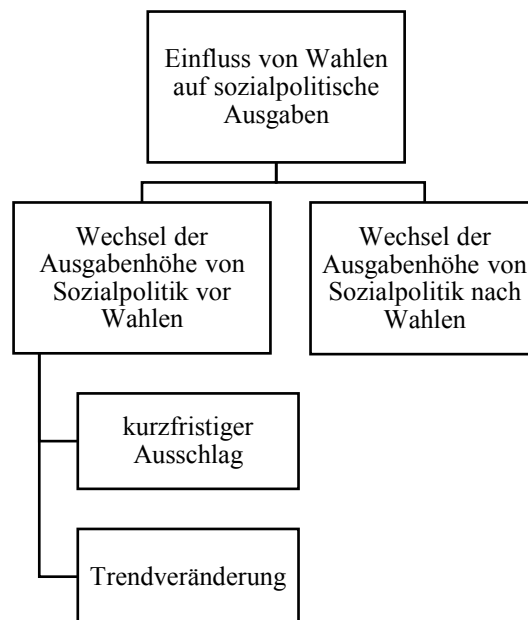
Die Grundthese der Sozialausgaben vor Wahlen bezieht sich auf einen möglichen Zusammenhang zwischen Parteien und den Ausgabenhöhen. Eine explizite Unterteilung erfolgt, weil hierbei nur auf direkte Ausgabenveränderung im Vergleich zum Vorjahr geblickt wird. Ausgabenhöhen beziehen sich direkt auf die Sozialausgabenhöhe des vorausgegangenen Jahres. Ein höherer oder geringerer Wert führt zu einer positiven resp. negativen Ausgabenhöhenentwicklung. Es ist wichtig, welche Partei eine Mehrheit während des Wahljahres hat. Dahingehend kann ein Rückschluss zwischen Partei und Verhalten zur Sozialpolitik erfolgen. Wenn die Entwicklung der Sozialausgaben mit der Grundannahme von mehr (Demokraten)- resp. weniger (Republikaner) Ausgabenhöhen einhergeht, kann ein Rückschluss auf den Einsatz von Sozialpolitik bei Wahlen getroffen werden. V-S wäre dahingehend bestätigt.

Die Grundthese der Trendveränderungen vor Wahlen bezieht sich auf die allgemeine Haltung der Regierung gegenüber den Ausgabenhöhen. Wenn sich die Trendhaltung der

Regierung vor Wahlen ändert, dann kann ein Rückschluss auf V-S im Zusammenhang mit diesen getroffen werden. Letztere sind der Wendepunkt zwischen Versprochenem und tatsächlich Umgesetztem. Im Falle einer Änderung des Ausgabentrends vor Wahlen kann auf V-S im Zusammenhang der Entwicklung von Sozialausgaben geschlossen werden.

Die Grundlage der Ausgabenveränderungen nach Wahlen bezieht sich auf die Frage, ob Mehrheitswechsel zwischen Demokraten und Republikanern mit Veränderungen in den Ausgabenhöhen einhergehen. Hierbei erfolgt nur der Blick auf den Trend, weil die grundlegende V-S Annahme durch die bereits stattgefundenen Wahlen ausgeschlossen ist. Die Annahme wäre bestätigt, falls auf eine veränderte Entwicklung der Ausgabenhöhe im Zusammenhang mit einem Mehrheitswechsel rückgeschlossen werden kann.²³

Abbildung 3: Muster der Thesen der Veränderung von Sozialausgaben durch Vote-Seeking



(eigene Angaben)

Für die nachfolgende Überprüfung der Hypothese ist es wichtig, die Faktoren für eine Annahme resp. Ablehnung festzuhalten. Nach der Hypothese, dass Akteure die Ausgabenhöhe der Sozialpolitik in Zusammenhang mit Wahlen beeinflussen, müssten diese einen Einfluss auf die Sozialausgabenhöhe haben, folglich Veränderungen Letzterer im Zusammenhang mit Wahljahren zu erkennen sein. Grundlegende Bedingung für Veränderung ist ein fest auftretendes Muster zwischen Mehrheitsverhältnissen und eintretender Ausgabenhöhe resp. Trendveränderung von

²³ Mehrheitswechsel kommen neben der ideologischen Veränderung der Sozialpolitik durch den Parteienwechsel auch aufgrund des V-S Effektes durch parlamentarische Konflikte zwischen Regierung und Opposition zustande. Diese Konflikte wirken sich generell positiv auf Wahlergebnisse von Oppositionsparteien aus (Vgl. Tuttnauer & Wegmann, 2022).

Sozialausgaben. Falls ein Schema erkennbar ist, müssen auch die zum Mehrheitsverhältnis passenden Umkehrungen mit vorherigem Muster übereinstimmen. Im Falle einer Mehrheit der Demokraten im Kongress, aber eines republikanischen Präsidenten müssen gleiche Muster auftreten wie im Falle einer republikanischen Mehrheit im Kongress und eines demokratischen Präsidenten. Dies ergibt sich aus der Schlussfolgerung der Mehrheitsbedingungen für Entscheidungen, Sozialausgaben zu verändern. Im Falle von Musterabweichungen kann davon ausgegangen werden, dass andere Faktoren einen Einfluss auf Sozialpolitik resp. Ausgabenhöhe von Sozialpolitik haben. Dahingehend wäre ein Rückschluss auf Mehrheitsverhältnisse in der Konsequenz ein Fehler zweiter Art: Die Hypothese wird akzeptiert, obwohl sie falsch ist. Dahingehend ist die konsistente Regelmäßigkeit der auftretenden Muster entscheidend, um die Hypothese zu bestätigen.

4.1 Wechsel der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik vor Wahlen

4.1.1 Veränderung der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahr

Dieses Kapitel befasst sich mit kurzfristigen Veränderungen der Ausgabenhöhen in Wahljahren. Darunter versteht die Arbeit eine Änderung im Vergleich zum Vorwahljahr. Tabellarisch werden Wahljahre, Einteilungen der Ausgabenhöhe im Vergleich zum Vorjahr, Sozialausgaben in % des BIP jeweils im Vorwahljahr sowie Wahljahr, die Mehrheiten im Kongress und die Parteizugehörigkeit des Präsidenten angegeben. Im Falle von positiven, negativen und neutralen Ausgabenveränderungen im Vergleich zum Vorjahr kann ein direkter Rückschluss auf Parteimehrheiten getroffen werden. Kontrollierend werden im Falle von kurzfristigeren Ausgabenhöhenveränderungen die Mehrheitsverhältnisse herangezogen. Es ist nur das Wahljahr angegeben, weil Präsidentschafts- sowie Kongresswahlen gegen Ende des Jahres stattfinden und sich die Arbeit auf V-S im Wahljahr beschränkt. Nachfolgende Tab. dient der Nachvollziehbarkeit der Argumentationsstruktur und ist die Grundlage für Tab. 2.

Tabelle 1: Kurzfristige Ausgabenveränderung der Sozialausgaben von 1980 bis 2019 der USA

	A	B	C	D	E	F
	Jahr	Ausgabenhöhe im Vergleich zum Vorjahr	Sozialausgaben in % des BIP (Vorjahr/ Wahljahr)	Mehrheit im Wahljahr: Repräsentantenhaus	Mehrheit im Wahljahr: Senat	Präsident
1	1982	+	13,2/13,6	Demokraten	Republikaner	Republikaner
2	1984	-	13,8/12,9	Demokraten	Republikaner	Republikaner
3	1986	+	12,6/12,9	Demokraten	Republikaner	Republikaner
4	1988	-	12,9/12,8	Demokraten	Demokraten	Republikaner
5	1990	+	12,8/13,2	Demokraten	Demokraten	Republikaner
6	1992	+	14,2/14,8	Demokraten	Demokraten	Republikaner
7	1994	x	15,1/15,1	Demokraten	Demokraten	Demokrat
8	1996	-	14,9/14,7	Republikaner	Republikaner	Demokrat
9	1998	+	14,3/14,4	Republikaner	Republikaner	Demokrat
10	2000	x	14,1/14,1	Republikaner	Republikaner	Demokrat
11	2002* ¹	+	14,7/15,5	Republikaner	Demokraten	Republikaner
12	2004	-	15,8/15,7	Republikaner	Republikaner	Republikaner
13	2006	x	15,5/15,5	Republikaner	Republikaner	Republikaner
14	2008	+	15,7/16,3	Demokraten	Demokraten	Republikaner
15	2010	+	18,4/19,1	Demokraten	Demokraten	Demokrat
16	2012	-	18,8/18,5	Republikaner	Demokraten	Demokrat
17	2014	x	18,5/18,5	Republikaner	Demokraten	Demokrat
18	2016	+	18,5/18,6	Republikaner	Republikaner	Demokrat
19	2018	-	18,4/18,2	Republikaner	Republikaner	Republikaner

In Anlehnung an: (Social Expenditure – aggregated data, 2022), (Election Statistics: 1920 to Present, 2022).

*¹ Im 107. Kongress kam es zu Mehrheitsveränderungen. Durch den Beitritt von Jim Jeffords von der republikanischen Fraktion in die demokratische Fraktion lag die Mehrheit während des Wahljahres (Juni 2001 – November 2002) bei den Demokraten.

+ entspricht einer Zunahme
 - entspricht einer Abnahme
 x entspricht keiner Veränderung

Auf der Grundlage der tendenziell negativen Ansichten der Republikanischen Partei gegenüber Sozialpolitik nimmt die Hypothese an, dass im Falle von Ausgabenrückgängen republikanische-

und im Falle von Ausgabensteigerungen demokratische Mehrheiten vorherrschen, um V-S zu bestätigen.²⁴ Dahingehend kann folgendes angenommen werden:

- Ansteigen der Ausgabenhöhe von Sozialausgaben vor Wahlen (+)
 - ➔ Demokraten haben durch Mehrheiten einen Einfluss (Tab. 1: Zeilen 7, 15)
- Absteigen der Ausgabenhöhe von Sozialausgaben vor Wahlen (-)
 - ➔ Republikaner haben durch Mehrheiten einen Einfluss (Tab. 1: Zeilen 12, 13, 19)

Nachfolgende Tab. fasst die aus Tab. 1 stammenden Resultate in Ausgabenveränderungen nach Mehrheiten zusammen. Die Zeilen 1 bis 3 veranschaulichen die Mehrheitsverhältnisse, Zeile 4 die Anzahl, wie oft diese Mehrheitsverhältnisse zustande gekommen sind. In den Resultaten (Zeilen 5 bis 8) stehen positive (+), negative (-) sowie neutrale (x) Ausgabenveränderungen jeweils im Vergleich des Wahljahres zum Vorwahljahr. Zeilen 9 bis 11 geben Auskunft über Vorkommen der jeweiligen Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahr. Aufgrund der vorgegebenen Limitation im Umfang der Arbeit werden zur Verkürzung nachfolgend die Mehrheitsverhältnisse aus Tab. 2 sowie darauf aufbauender Tabellen der Parteien durch den Anfangsbuchstaben abgekürzt. Beispielsweise wird eine Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus sowie im Senat, jedoch ein republikanischer Präsident mit DDR betitelt.²⁵ Die Arbeit nimmt nur mögliche Kombinationen auf. Konstellation DRD scheidet folglich aus, weil diese von 1980 bis 2019 nicht vorkommt.

²⁴ Vgl. hierzu 3.

²⁵ „D“ an erster Stelle (Repräsentantenhaus) „D“ an zweiter Stelle (Senat) „R“ an dritter Stelle (Präsidentschaft).

Tabelle 2: Überblick über Mehrheitsverhältnisse von Demokraten und Republikanern im Kongress und der Präsidentschaft bezogen auf Ausgabenhöhen vor Wahlen von 1980 bis 2019

► Spalte (A–G)		A	B	C	D	E	F	G
▼ Zeile (1–11)								
1	Mehrheit im Repräsentantenhaus	D	D	D	R	R	R	R
2	Mehrheit im Senat	R	D	D	R	D	R	D
3	Präsident	R	R	D	R	D	D	R
4	Anzahl der Vorkommen	3	4	2	3	2	4	1
5	Resultat 1	+	-	x	-	-	-	+
6	Resultat 2	-	+	+	x	x	+	
7	Resultat 3	+	+		-		x	
8	Resultat 4		+				+	
9	Vorkommen +	2	3	1	0	0	2	1
10	Vorkommen -	1	1	0	2	1	1	0
11	Vorkommen x	0	0	1	1	1	1	0

(eigene Angaben)

D = Mehrheit liegt bei Demokraten
R = Mehrheit liegt bei Republikanern
X = keine Ausgabenveränderung

Die Erläuterung der Ergebnisse bezieht sich auf Mehrheiten der Demokraten sowie Republikaner in allen drei Bereichen und hierbei erkennbaren Ausgabenhöhenveränderungen. Grund hierfür ist die Annahme, dass sich aufgrund von demokratischen sowie republikanischen Einflüssen die Ausgabenhöhen unterschiedlich verhalten müssten. Die Mehrheit in allen drei Bereichen stellt hierfür ein ideales politisches Mehrheitsverhältnis dar. Wenn nur eine Partei in allen drei Bereichen (Repräsentantenhaus, Senat und Präsidentschaft) die Mehrheit vorweisen kann, dann müsste dementsprechend nach den Wählerinteressen der Partei eine Ausgabenhöhenveränderung stattfinden (+ bei Demokraten, - bei Republikanern). Diese Annahme ist eine notwendige Bedingung, weil im Falle keiner Weiteren resp. anderen Einflüsse hierbei eine Veränderung stattfinden müsste.²⁶ Des Weiteren geht die Arbeit auf die häufigsten Ausgabenhöhenveränderungen ein und blickt hierbei auf Mehrheitsverhältnisse während dieser Perioden.

²⁶ Es gilt anzumerken, dass bereits stattfindende Ausgabenhöhenveränderungen im Sinne der Parteien einbezogen wurden. Vgl. hierzu 4.

Nach dem bereits aufgeführten idealen Mehrheitsverhältnis der Parteien müssten hierbei die Ausgabenhöhen den Wählerinteressen der Partei entsprechen. Im Falle von RRR (Tab. 2: Spalte D) wären reine Ausgabenenkungen zu erwarten. Tatsächlich sind zwei negative Ausgabenveränderungen (Tab. 1: Zeilen 12, 19) sowie eine neutrale Entwicklung (Tab. 1: Zeile 13) erkennbar. Unter dieser Konstellation finden mit 2 negativen Veränderungen die häufigsten Ausgabenabnahmen statt. Aufgrund fehlender Regelmäßigkeit sowie der Abweichung kann ein fehlerfreier Zusammenhang bei republikanischen Mehrheiten nicht nachgewiesen werden. Bei Mehrheiten der Demokraten in allen drei Bereichen sind eine Zunahme und eine „nicht-Ausgabenveränderung“ vorhanden. Der häufigste Anstieg von Ausgaben findet entgegen der Vermutung nicht bei DDD, sondern bei DDR mit drei Zunahmen (Tab. 1: Zeilen 5, 6, 14) sowie einer Ausgabenabnahme (Tab. 1: Zeile 4) statt. Im Umkehrschluss müsste bei der Mehrheitskonstellation RRD mindestens eine erhöhte Anzahl von Abnahmen gegenüber Zunahmen zu beobachten sein. Dies kann jedoch nicht festgestellt werden (Tab. 2: Spalte F, Zeilen 9, 10, 11).

Um einen klaren Zusammenhang zwischen Wahlen und Einflüssen von Parteien durch V-S auf Ausgabenhöhen nachzuweisen, müssten in jedem Wahljahr mit demokratischen Mehrheiten eine Ausgabenzunahme zu erkennen sein. Im Falle republikanischer Mehrheiten jedoch in jedem Wahljahr eine konsequente Verminderung der Ausgabenhöhen. Dieser Zusammenhang kann nicht festgestellt werden. Dahingehend ist die notwendige Bedingung, dass es keine Abweichungen in den Resultaten gibt, nicht erfüllt. Unter absoluten Mehrheitsverhältnissen findet keine klare Ausgabenhöhenveränderung nach voraus festgestellter Einstellung der Parteien zu Ausgabenhöhen statt. Weitere Zusammenhänge anderer Konstellationen können aufgrund fehlender Regelmäßigkeiten und Muster nicht beobachtet werden. Es gilt zu beachten, dass die Häufigkeit der Zu- und Abnahmen keine Auskunft über den finanziellen Umfang der Ausgabenveränderungen gibt.

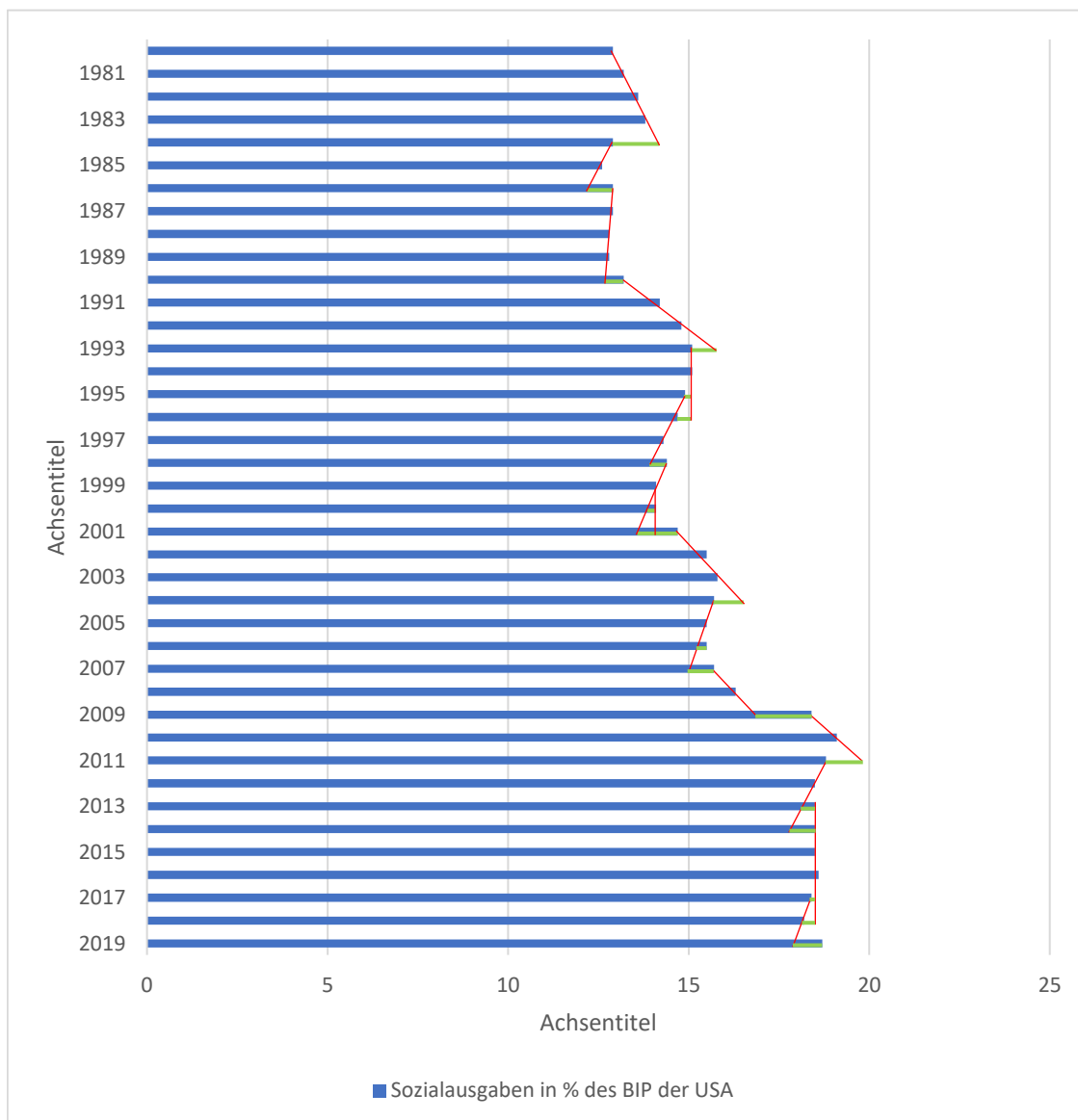
4.1.2 Trendveränderungen der Ausgabenhöhen

Dieses Kapitel befasst sich mit Trendveränderungen der Ausgabenhöhen vor Wahlen. Diese werden herangezogen, um die Haltung der Regierung gegenüber der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik einzubeziehen. Wenn es zu minimalen Trendabweichungen im Vergleich zum vorherigen Bezugsjahr für den Trend kommt, jedoch im Allgemeinen eine Fortführung der Entwicklung im Folgejahr stattfindet, wertet die Arbeit dies nicht als Trendveränderung. Im Falle einer weiteren Entwicklungsveränderung im Folgejahr der ersten geringen Abweichung wertet die Arbeit dies als Trendveränderung. Hierbei muss auf neutrale Trendentwicklungen geachtet werden, weil im Gegensatz zur Ausgabenhöhe ein negativer Ausgabentrend aufgrund keiner Entwicklungsveränderung im Verlauf sich sonst nicht kenntlich machen würde. Die Arbeit geht davon aus, dass Trendveränderungen sichtbar – somit für Wähler spürbar – sein müssen, weil nur

diese auf klare V-S Absichten hinweisen. Bei dem Blick auf die Sozialausgaben der USA sind daher in erster Linie starke Ausgabenveränderungen relevant, weil kaum spürbare Veränderungen das Ziel des V-S nicht erreichen würden. Wenn sich demnach für Wähler keine spürbaren Umbildungen ergeben, besteht für politische Akteure die Gefahr, dass V-S nicht spürbar erscheint.

Um explizit Trendveränderungen vor Wahlen darzustellen, veranschaulicht Abb. 4 durch Rekonstruktion eines Trends (rot), welcher sich aus vorherigen Ausgabenverläufen ergibt, in welchen Jahren es zu Trendveränderungen gekommen ist. Die Differenz zwischen Trend und tatsächlichen Ausgabenhöhen ist hierbei grün markiert. Die Einteilung erfolgt dahingehend visuell. Die Ausgabenhöhen basieren auf Abb. 2 bezüglich der Sozialausgaben in % des BIP der USA. Jedes Ausgabenniveau mit grüner Hinterlegung schließt auf ein Jahr, in welchem Trendveränderungen stattgefunden haben.

Abbildung 4: Sozialausgaben von 1980 bis 2019 der USA – Trendveränderungen



In Anlehnung an: (Social Expenditure – aggregated data, 2022).

Anmerkung: Vermerkte Trendrekonstruktion sowie zu erwartende Ausgabenentwicklung sind schemenhaft dargestellt. Eine genaue Nennung, sowie Aufschlüsselung der Trendentwicklung sind in Tab. 3 aufgeführt.

Bei den Daten für 2018-2019 handelt es sich um Schätzungen, die nur für die Gesamtaggregate verfügbar sind.

— Rekonstruktion des Trends

— Jahr sowie zu erwartende Ausgabenentwicklung

Tab. 3 veranschaulicht die Ergebnisse aus Abb. 4 im Bezug auf das Jahr der Trendveränderung und Unterscheidung zwischen positiven (mehr Ausgaben) und negativen (weniger Ausgaben) Trendveränderungen. Hierbei werden alle Jahre von 1980 bis 2019 aufgegriffen. Die Veränderungen werden in „zum Wahljahr stattfindend“ und „nach dem Wahljahr stattfindend“ aufgeteilt. Tab. 3 ist Grundlage für die Aufschlüsselung der Ausgabenhöhen vor (4.1.2) resp. nach Wahljahren (4.2).

Tabelle 3: Sozialausgaben von 1980 bis 2019 der USA – aufgeschlüsselte Trendveränderungen vor und nach Wahljahren

Trendveränderung von Jahr ...	Trendveränderung auf Jahr ...	Beurteilung der Trendveränderung	Veränderung vor Wahljahr	Veränderung nach Wahljahr
1983	1984	negativ	X	
1985	1986	positiv	X	
1989	1990	positiv	X	
1992	1993	negativ		X
1994	1995	negativ		X
1995	1996	negativ	X	
1997	1998	positiv	X	
1999	2000	positiv	X	
2000	2001	positiv		X
2003	2004	negativ	X	
2005	2006	positiv	X	
2006	2007	positiv		X
2008	2009	positiv		X
2010	2011	negativ		X
2012	2013	positiv		X
2013	2014	positiv	X	
2016	2017	negativ		X
2017	2018	negativ	X	
2018	2019	positiv		X

In Anlehnung an: (Social Expenditure – aggregated data, 2022).

positiv = Trendveränderung zu mehr Ausgaben

negativ = Trendveränderung zu weniger Ausgaben

Auf Grundlage von Tab. 3 geht Tab. 4 auf Trendveränderungen vor Wahljahren ein. Im Falle einer Trendveränderung vor den Wahlen muss diese zwischen dem Jahr vor dem Wahljahr und Wahljahr geschehen sein. Dahingehend werden nur Trendveränderungen von ungeraden (Jahr vor dem Wahljahr) auf gerade (Wahljahr) einbezogen. Angegeben sind Wahljahre, Kongress-, sowie Präsidentschaftsmehrheiten zum Zeitpunkt der Wahl und die zugehörigen Mehrheitsverhältnisse. Die Trendwechsel ergeben sich aus den hervorgegangenen Ergebnissen aus Tab. 3.

Im Idealfall korrelieren alle aufgenommenen Trendveränderungen mit Wahljahren sowie Mehrheitsverhältnissen. Trendveränderungen werden einbezogen, weil der Wechsel von

politischen Kursen, hierbei bezogen auf die Höhe von Sozialausgaben, wiedergeben werden kann. Wie bereits erläutert gehen positive als auch negative Ausgabenveränderungen mit V-S einher, je nach Präferenzen der Wählergruppen.²⁷ Es kann gefolgert werden, dass sich die Veränderungen durch einen Verhaltenswechsel ergeben. Eine Veränderung der Ausgabenpolitik wird durch einen Trendwechsel belegt. Einsetzen von Sozialpolitik als politisches Mittel wäre nachgewiesen, wenn sich Trendveränderungen den Parteienpositionen gegenüber Sozialpolitik anpassen. Im Falle einer Fortführung des Trends kann davon ausgegangen werden, dass Wahlen keinen Einfluss auf den Trend haben resp. der Ausgabentrend der Parteienposition entspricht. Trendverläufe müssten folglich mit den Parteienpositionen korrelieren, um einen Zusammenhang vor Wahlen nachweisen zu können.

²⁷ Vgl. hierzu 3.

Tabelle 4: Überblick über Trendveränderungen der Sozialausgaben in % des BIP der USA von 1980 bis 2019 vor Wahlen bezogen auf Mehrheitsverhältnisse im Kongress und der Präsidentschaft nach Parteizugehörigkeit

	Wahljahr	Mehrheit im Repräsentantenhaus vor den Wahlen	Mehrheit im Senat vor den Wahlen	Präsidentschaft vor den Wahlen	Trendwechsel der Ausgabenhöher der Sozialausgaben im Vergleich zum Vorjahr* ²
1	1982	Demokraten	Republikaner	Republikaner	x
2	1984	Demokraten	Republikaner	Republikaner	negativ
3	1986	Demokraten	Republikaner	Republikaner	positiv
4	1988	Demokraten	Demokraten	Republikaner	x
5	1990	Demokraten	Demokraten	Republikaner	positiv
6	1992	Demokraten	Demokraten	Republikaner	x
7	1994	Demokraten	Demokraten	Demokrat	x
8	1996	Republikaner	Republikaner	Demokrat	negativ
9	1998	Republikaner	Republikaner	Demokrat	positiv
10	2000	Republikaner	Republikaner	Demokrat	positiv
11	2002* ³	Republikaner	Demokraten	Republikaner	x
12	2004	Republikaner	Republikaner	Republikaner	negativ
13	2006	Republikaner	Republikaner	Republikaner	positiv
14	2008	Demokraten	Demokraten	Republikaner	x
15	2010	Demokraten	Demokraten	Demokrat	x
16	2012	Republikaner	Demokraten	Demokrat	x
17	2014	Republikaner	Demokraten	Demokrat	positiv
18	2016	Republikaner	Republikaner	Demokrat	x
19	2018	Republikaner	Republikaner	Republikaner	negativ

In Anlehnung an: (Social Expenditure – aggregated data, 2022), (Election Statistics: 1920 to Present, 2022).

*² Eine ungefähre Beibehaltung des Ausgabenniveaus wird mit keiner Trendveränderung im Vergleich zum Folgejahr gewertet.

*³ Im 107. Kongress kam es zu Mehrheitsveränderungen. Durch den Beitritt von Jim Jeffords in die demokratische Fraktion lag die Mehrheit während des Wahljahres (Juni 2001 – November 2002) bei den Demokraten.

x = keine Trendveränderung

positiv = Trendveränderung zu mehr Ausgaben

negativ = Trendveränderung zu weniger Ausgaben

Auf Basis des eingeführten Überblicksschemas²⁸ werden die Ergebnisse aus Tab. 4 deren Mehrheitsverhältnissen Entsprechen aufgeschlüsselt. Der Blick auf Trendveränderungen mit Bezug auf Parteimehrheiten gibt Auskunft über mögliche Beeinflussungen. Die Kombination DRD scheidet durch nicht Vorkommen von 1980 bis 2019 aus.

Tabelle 5: Überblick über Mehrheitsverhältnisse von Demokraten und Republikanern im Kongress und der Präsidentschaft bezogen auf Trendveränderungen vor Wahlen von 1980 bis 2019

► Spalte (A–G)	Kategorie	A	B	C	D	E	F	G
▼ Zeile (1–11)								
1	Mehrheit im Repräsentantenhaus	D	D	D	R	R	R	R
2	Mehrheit im Senat	R	D	D	R	D	R	D
3	Präsident	R	R	D	R	D	D	R
4	Anzahl der Vorkommen	3	4	2	3	2	4	1
5	Resultat 1	x	x	x	-	x	-	x
6	Resultat 2	-	+	x	+	+	+	
7	Resultat 3	+	x		-		+	
8	Resultat 4		x				x	
9	Vorkommen +	1	1	0	1	1	2	0
10	Vorkommen -	1	0	0	2	0	1	0
11	Vorkommen x	1	3	2	0	1	1	1

(eigene Angaben)

D = Mehrheit liegt bei Demokraten
R = Mehrheit liegt bei Republikanern
X = keine Trendveränderung

Zu erwarten wäre, dass positive Trendwechsel mit Mehrheiten der Demokraten einhergehen, negative Trendwechsel mit Mehrheiten der Republikaner. Nach der Argumentationsstruktur wären für eine unbeschränkte Auslegung der Sozialausgabenhöhen absolute Mehrheiten im Kongress sowie der Präsidentschaft ideal. Dahingehend wäre zu erwarten, dass die Parteien durch uneingeschränkte Mehrheiten in den Spalten C und D klare Ausgabenzunahmen resp. Ausgabenabnahmen umsetzen können. Bezogen auf die Demokraten (Tab. 5: Spalte C) finden während deren idealer Mehrheiten keine Trendveränderungen statt. Die einhergehenden Wahlen fallen auf 1994 sowie 2010 (Tab. 4: Zeilen 7, 15). Es wäre anzunehmen, dass bereits eine Ausgabenzunahme stattfand, weshalb keine Trendveränderung notwendig gewesen wäre. Für 2010 trifft diese Annahme zu, weil es einen Ausgabenhöhenanstieg des Trends während der

²⁸ Vgl. hierzu 4.1.1.

idealen demokratischen Mehrheit gab (Tab. 1: Zeile 15). Für 1994 trifft dies nicht zu. Es gab keine Veränderung der Ausgabenhöhe (Tab. 1: Zeile 7). Bezogen auf die ideale republikanische Mehrheit gehen zwei negative Trendentwicklungen hervor (Tab. 4: Zeilen 12, 19). Die weitere Trendentwicklung von 2005 auf 2006 widerspricht dem Argument des Zusammenhanges. 2006 geht ein positiver Trend (Tab. 4: Zeile 13) mit idealen republikanischen Mehrheitsverhältnissen sowie eine Fortführung der Ausgabenhöhen (Tab. 1: Zeile 13) einher. Ein Zusammenhang zwischen idealen Mehrheitsverhältnissen und dementsprechender Ausgabenhöhenentwicklung kann aufgrund der Abweichungen nicht nachgewiesen werden.

Tab. 5 offenbart die häufigsten positiven als auch negativen Trendveränderungen. Positive Veränderungen finden zwei Mal und somit am häufigsten unter der Mehrheit RRD (Tab. 5: Spalte F) statt. Es wäre folglich zu vermuten, dass die Parteizugehörigkeit des Präsidenten ein entscheidender Faktor ist. Demnach müssten im Falle DDR (Tab. 5: Spalte B), folglich eines republikanischen Präsidenten, negative Trendveränderung im Sinne der Wählermuster von Republikanern einhergehen. Diese Schlussfolgerung muss jedoch aufgrund der 1990, 1992 und 2008 erfolgenden positiven Trendlinien (Abb. 4) unter diesem Mehrheitsverhältnis verworfen werden. Aufgrund der häufigen Trendzunahmen, während zwei Wahljahren zunehmende Ausgabenzunahmen (1992 und 2008) sowie eine positive Trendveränderung 1990 (Tab. 4: Zeile 5), könnte diese Mehrheitskonstellation auch maßgeblich für eine positive Beeinflussung der Ausgabenhöhen durch die Demokraten, hierbei des Kongresses, stehen. Die 1988 erfolgte negative Entwicklung der Ausgabenhöhe unter diesen Mehrheitsverhältnissen widerspricht der Regelmäßigkeit der Ausgabenhöhenentwicklung. Zur weiteren Überprüfung wird das entgegengesetzte Verhältnis RRD herangezogen. Hierbei wären negative Ausgabenentwicklungen zu erwarten. Es gehen zwei positive, eine negative sowie für 2016 eine unveränderte Trendveränderung hervor (Tab. 5: Spalte F). Für 2016 kann eine leichte Ausgabenerhöhung festgestellt werden (Tab. 1: Zeile 18). Aufgrund der überwiegenden positiven Ausgabenhöhen re. nicht mit Mehrheitsverhältnissen vereinbaren Trendveränderungen sowie der Widersprüchlichkeit der in Verbindung stehenden umgekehrten Mehrheitsverhältnisse muss der Ansatz der maßgeblichen Beeinflussung durch den Kongress verworfen werden. Bei Betrachtung der weiteren verbleibenden Mehrheitsverhältnisse (RDD, DRR, RDR) können keine Ansätze eines Zusammenhangs ausgemacht werden.

Eine Beeinflussung der Ausgabenentwicklungen findet nicht ausschließlich durch Mehrheitsverhältnisse statt. Ein Zusammenhang durch Parteien, welche Sozialpolitik als politisches Mittel einsetzen, kann nicht zuverlässig nachgewiesen werden. Aufgrund der Widersprüchlichkeit zu Trendentwicklungen unter vorausgegangenen Konstellationen RRD, RRR sowie fehlender Regelmäßigkeiten muss diese Annahme verworfen werden. Es gehen keine Muster oder andere erkennbare Einflüsse hervor. Weder Präsidentschafts-, noch Mid-Term-Wahlen haben erkennbare Auswirkungen.

Aufgrund der fehlenden Regelmäßigkeit sowie fehlender Übereinstimmung von Trendveränderungen vor Wahljahren kann die Annahme eines Zusammenhanges von Sozialausgabenhöhen und politischen Akteuren im Bezug auf Wahlen nicht bestätigt werden. Die Bedingung, dass keine Abweichungen vorkommen dürfen, wurde nicht erfüllt. Im ausgewählten Zeitraum ist kein klarer Trend resp. keine Regelmäßigkeit nachweisbar.

4.2 Wechsel der Ausgabenhöhe von Sozialausgaben nach Wahlen

Dieses Kapitel bezieht sich auf die Veränderung des Trends der Sozialausgabenhöhe nach Wahlen. Es wird angenommen, dass politische Akteure den Ausgabentrend hierbei aufgrund von vorherigen Wahlversprechen oder einer Neuausrichtung politischer Grundwerte im Bereich der Sozialpolitik verändern, wenn sie zuvor V-S im Bereich von Sozialausgaben betrieben haben. Die Arbeit nimmt an, dass im Falle eines Mehrheitswechsels eine Trendveränderung festzustellen sein muss. Dies beruht auf der Annahme, wonach politische Akteure versuchen, politische Alternativen zu formulieren (Vgl. Béland, 2005) und bedeutet, dass herausfordernde politische Akteure versuchen, sich von Konkurrenten abzuheben. Es werden bewusst Trendveränderungen gegenüber einem Ausgabenvergleich der Ausgabenhöhen zum Vorjahr herangezogen. Im Falle einer Beurteilung der Ausgabenveränderung im Vergleich zu Vorjahr könnte es dazu kommen, dass fehlerhaft eine Veränderung der Ausgaben durch politische Akteure dennoch als fortführende Ausgabe gewertet wird.²⁹

Die Arbeit geht davon aus, dass Regierende resp. an der Mehrheit beteiligte politische Akteure Ausgabenveränderungen schlecht resp. unglaubwürdig versprechen können, wenn sie bereits diese durch ihre Regierungsbeteiligung hätten umsetzen können. Nach der Hypothese des V-S treten Ausgabenveränderungen durch den Wechsel der Mehrheitsverhältnisse in Kongress sowie der Präsidentschaft auf. Hieraus ergibt sich die notwendige Bedingung, dass im Falle eines Mehrheitswechsels ein Muster einer Veränderung des Ausgabentrends zu erkennen ist.

Aufgrund der Umfangslimitation der Arbeit entfällt der Blick auf einzelne Ausgabenveränderungen, welche ein Zeichen für kurzfristige Erfüllungen von Wahlversprechen sein könnten. Ein weiterer Einschnitt besteht darin, dass es nach Wahlen ohne erfolgten Mehrheitswechsel auch zu Ausgabenhöhenveränderungen kommen kann. Nach der Hypothese kann dies durch Wahlversprechen der mehrheitsverteidigenden Partei geschehen.

Die Daten basieren auf den hervorgegangenen Trendveränderungen aus Abb. 4 und analysieren, inwiefern Letztere mit Wahlen resp. Mehrheitsveränderungen im Repräsentantenhaus, Senat sowie der Präsidentschaft einhergehen. Hierbei werden Veränderungen des Trends zwischen Wahljahr und Folgejahr – folglich stattgefundenem

²⁹ Beispiel: Im Jahr 1990 werden 20 % des BIP für Sozialausgaben aufgewendet, es folgen 30 % im Jahr 1991 und 31 % im Jahr 1992. Es wäre weiterhin eine Steigerung der Ausgabenhöhe erkennbar, jedoch eine klare Trendveränderung für das Jahr 1992 festzustellen.

möglichen Mehrheitswechsel – verwendet. Die These wäre bestätigt, falls Wahlen resp. Mehrheitsverschiebungen mit Veränderungen der Sozialausgabenhöhe nach feststellbarer Regelmäßigkeit korrelieren würden. Die Ergebnisse werden in Tab. 3 gelistet aufgeschlüsselt.

Auf Grundlage von Tab. 3 geht Tab. 6 auf Trendveränderungen nach Wahljahren ein. Im Falle einer Trendveränderung nach Wahlen muss diese zwischen dem Wahljahr und dem Folgejahr geschehen sein. Dahingehend werden nur Trendveränderungen von geraden (Wahljahr) auf ungerade (Jahr nach dem Wahljahr) Jahre einbezogen. In den USA findet die Amtseinführung des Präsidenten sowie des Kongresses im Januar des Folgejahres der Wahl statt.³⁰ In beiden Fällen kann eine Trendveränderung durch Mehrheitswechsel erst im Folgejahr beobachtet werden, wenn sich Veränderungen zum vorausgegangenen Jahr zeigen. Abgebildet sind Mehrheitsverhältnisse, aufgeteilt in demokratische (blau)- und republikanische (rot) Parteizugehörigkeit. Diese beziehen sich auf Repräsentantenhaus, Senat, Präsidentschaft, sowie einen Trendwechsel der Sozialausgabenhöhe in % des BIP der USA von 1980 bis 2019.

³⁰ Zusammenkommen des neu gewählten Kongresses am 03.01. nach dem Wahljahr, Amtseinführung des Präsidenten am 20.01. nach dem Wahljahr.

Tabelle 6: Überblick über Trendveränderungen der Sozialausgaben in % des BIP der USA von 1980 bis 2019 nach Wahlen bezogen auf Mehrheitsverhältnisse im Kongress und der Präsidentschaft nach Parteizugehörigkeit

	Wahljahr/ Mehrheits- wechsel	Mehrheit im Repräsen- tantenhaus nach den Wahlen	Mehrheit im Senat nach den Wahlen	Präsidentschaft nach den Wahlen	Trendwechsel der Ausgabenhöhen der Sozial- ausgaben im Vergleich zum Folgejahr* ⁴
1	1982/83	Demokraten	Republikaner	Republikaner	x
2	1984/85	Demokraten	Republikaner	Republikaner	x
3	1986/87	Demokraten	Demokraten	Republikaner	x
4	1988/89	Demokraten	Demokraten	Republikaner	x
5	1990/91	Demokraten	Demokraten	Republikaner	x
6	1992/93	Demokraten	Demokraten	Demokrat	negativ
7	1994/95	Republikaner	Republikaner	Demokrat	negativ
8	1996/97	Republikaner	Republikaner	Demokrat	x
9	1998/99	Republikaner	Republikaner	Demokrat	x
10	2000/01* ⁵	Republikaner	Republikaner	Republikaner	positiv
11	2002/03	Republikaner	Republikaner	Republikaner	x
12	2004/05	Republikaner	Republikaner	Republikaner	x
13	2006/07	Demokraten	Demokraten	Republikaner	positiv
14	2008/09	Demokraten	Demokraten	Demokrat	positiv
15	2010/11	Republikaner	Demokraten	Demokrat	negativ
16	2012/13	Republikaner	Demokraten	Demokrat	positiv
17	2014/15	Republikaner	Republikaner	Demokrat	x
18	2016/17	Republikaner	Republikaner	Republikaner	negativ
19	2018/19	Demokraten	Republikaner	Republikaner	positiv

In Anlehnung an: (Social Expenditure – aggregated data, 2022), (Election Statistics: 1920 to Present, 2022).

*⁴ Eine ungefähre Beibehaltung des Ausgabenniveaus wird mit keiner Trendveränderung im Vergleich zum Folgejahr gewertet.

*⁵ Im 107. Kongress hatten die Republikaner bis zum Beitreten Jim Jeffords in die demokratische Fraktion im Juni 2001 die Mehrheit. Dahingehend ist ein Unterschied zu den vorausgegangenen Abbildungen festzustellen, weil hierbei die direkten Mehrheitsverhältnisse nach der Wahl veranschaulicht werden.

x = keine Trendveränderung

positiv = Trendveränderung zu mehr Ausgaben

negativ = Trendveränderung zu weniger Ausgaben

Ein ideales Ergebnis wäre eine nachweisbare Korrelation einer oder mehrerer Muster zwischen Mehrheitsveränderungen und Ausgabentrend. Um Trendveränderungen zu beurteilen, muss zunächst berücksichtigt werden, dass diese nicht mit Machtwechsel einhergehen müssen. Sozialpolitik resp. die Ausgabenhöhe Letzterer kann bei einem Wechsel der Mehrheitsverhältnisse auch mit den Interessen und Wahlversprechen politischer Akteure übereinstimmen. In diesem Falle würde keine Trendveränderung erfolgen. Beispielsweise können Wahlversprechen auch in der Fortführung von Sozialpolitik liegen, um sich von anderen politischen Akteuren zu unterscheiden.

Wenn ein Mehrheitswechsel stattfindet, müsste nach der Hypothese eine Trendveränderung einhergehen, es sei denn, die vorherige Trendentwicklung entspricht der Leitlinie der Partei. Beispielsweise würden Demokraten bei zunehmendem Ausgabentrend vor dem Mehrheitswechsel zu deren Gunsten keine Veränderung resp. Verringerungen anstreben. Fraglich ist, inwiefern welche Mehrheit in Senat, Repräsentantenhaus oder Präsidentschaftszugehörigkeit entscheidend ist. Ein Ansatz hierbei wäre das Argument, dass aufgrund der unterschiedlichen Mehrheiten in den drei Bereichen keine klare Trendveränderung ausgelöst werden kann. Jedoch gibt es auch Zeiten, in welchen eine Partei die Mehrheit im Kongress sowie den Präsidenten stellt, folglich uneingeschränkt Ausgabenänderungen verabschiedet werden können. Politisch Versprochenes wäre folglich ungehindert umsetzbar und Trendveränderung könnten, nach Leitlinien der jeweiligen Partei, stattfinden. Die Arbeit fokussiert sich auf diese Mehrheitsverhältnisse, weil durch den vorgegebenen Limitationsrahmen keine Analyse entscheidender Mehrheitswechsel im Kongress oder der Präsidentschaft aufgenommen werden kann.

Abbildung 5: Schema der Beurteilung von Trendveränderungen

- Positiver Trend im Wahljahr → negativer Trend im Folgejahr → Trendveränderung zutreffend
- Positiver Trend im Wahljahr → positiver Trend im Folgejahr → Trendveränderung nicht zutreffend
- Negativer Trend im Wahljahr → negativer Trend im Folgejahr → Trendveränderung nicht zutreffend
- Negativer Trend im Wahljahr → positiver Trend im Folgejahr → Trendveränderung zutreffend

In Anlehnung an: (Krugman, 2017), (Gritter, 2018).

Die nachfolgende Tab. veranschaulicht Wahljahre und Jahre des Mehrheitswechsels, alleinige Mehrheiten der Parteien, sowie die Ausgabenentwicklung während des Wahljahres.³¹ Es folgt die Beurteilung einer zu erwartenden Veränderung unter den Mehrheitskonstellationen,³² sowie die tatsächliche Trendveränderung nach Wahljahren. Hierbei wird der Trend (nach Tab. 3) einbezogen, um ein klares Verhalten der Mehrheiten aufzugreifen. Im Falle keiner Trendveränderung wird die Ausgabenentwicklung herangezogen (Abb. 4).³³ Zur Beurteilung der Veränderung wird analysiert, ob eine Veränderung der Ausgabenhöhen aufgrund der Mehrheiten notwendig gewesen wäre.

Tabelle 7: Schlussfolgerung der Trendveränderungen unter alleinigen Mehrheiten im Kongress sowie der Präsidentschaftszugehörigkeit von 1980 bis 2019

Wahljahr/ Mehrheits- wechsel	Mehrheit	Ausgaben- entwicklung im Wahljahr	Zu erwartendes Ergebnis nach Wahljahr	Trend- entwicklung nach Wahljahr	Wäre eine Veränderung aufgrund der Mehrheiten notwendig
1992/1993	DDD	positiv	positiv	negativ	Nein
2008/2009	DDD	positiv	positiv	positiv	Ja
2000/2001	RRR	neutral	negativ	positiv	Nein
2002/2003	RRR	positiv	negativ	positiv	Nein
2004/2005	RRR	negativ	negativ	negativ	Ja
2016/2017	RRR	positiv	negativ	negativ	Ja

In Anlehnung an: (Social Expenditure – aggregated data, 2022).

Die Annahme einer Korrelation von Trendveränderungen und Mehrheitsveränderungen wäre bestätigt, falls die Trendveränderungen nach Schema der Abb. 5 zutreffen würden resp. ein Mehrheitswechsel mit Korrektur der Ausgabentrends in parteiliche Richtung einhergehen würde. Dahingehend müsste die Frage nach der Notwendigkeit einer Veränderung aufgrund der Mehrheiten stets bejaht werden (Tab. 7).

Von 2009 bis 2011 kontrollierte die Demokratische, von 2005 bis 2007 und 2017 bis 2019 die Republikanische Partei Kongress sowie Präsidentschaft.³⁴ Hierbei konnte eine Ausgabenentwicklung entsprechend den Parteieinstellungen gegenüber der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik festgestellt werden. Dem widersprechen die Mehrheitsveränderungen der

³¹ Ausgabenentwicklungen vom Wahljahr im Vergleich zum Vorwahljahr werden herangezogen, um Entwicklungen der Ausgabenhöhen während des Wahljahres nachfolgend mit stattgefundenen Ausgabenentwicklungen nach dem Wahljahr nachvollziehen zu können. Grundlage hierfür ist Tab. 1.

³² Vgl. hierzu 3.

³³ Durch eine Fortführung des Ausgabenverlaufes geht die Arbeit davon aus, dass keine Veränderung der Einstellungen gegenüber der Höhe von Sozialausgaben zu erkennen ist.

³⁴ Die Perioden der Mehrheiten beziehen sich auf zwei Jahre und können als blockweise Einteilung angesehen werden. Im Falle einer anschließenden Mehrheit wird das Jahr erneut genannt.

Demokraten ab 1993 sowie der Republikaner ab 2001 und 2003. Die Trendveränderungen der Ausgabenhöhen widersprechen den Parteieinstellungen in 50 % der Beobachtungen.

Ein Muster in der Trendveränderung kann aufgrund fehlender Vorhersehbarkeit nicht nachgewiesen werden. Die Mehrheitsübernahmen und daraus entstehende Trendentwicklungen entsprechen nicht regelmäßig dem Grundsatz der Parteienpräferenzen zu den Ausgabenhöhen der Sozialausgaben. Die Bedingung der Regelmäßigkeit konnte nicht erfüllt werden, Veränderungen treten nach Mehrheitswechsel nicht regelmäßig auf. Eine Trendkorrektur muss unmittelbar nach Mehrheitsveränderung umgesetzt werden, um als zutreffend gewertet werden zu können. Spätere Veränderungen sind nicht korrekt, weil politische Akteure keine Rückschlüsse auf zukünftige Wahlergebnisse haben und daher eine Korrektur sofort umsetzen müssten.

5 Fazit

Die Arbeit befasste sich mit dem Einsetzen von Sozialpolitik als politisches Mittel. Die zentrale Forschungsfrage lautete: Gibt es eine Korrelation zwischen der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik im Konnex auf V-S durch politische Akteure im Zusammenhang mit Wahlen von 1980 bis 2019? Diese Frage wurde gewählt, weil sie im Falle einer Beziehung von Ausgabenhöhen mit Wahlen einen Einfluss von Sozialpolitik als politisches Mittel offenbart. Der Blick auf die Literatur zeigte, dass politische Akteure zu positiven resp. negativen Anpassungen der Sozialpolitik im Zusammenhang mit V-S neigen. Nutzensteigernde Sozialpolitik wird vor Wahlen als politisches Mittel mit dem Zweck des V-S eingesetzt.

Zur Untersuchung wurden die jährlichen Ausgabenhöhen der Sozialausgaben in % des BIP der USA zwischen 1980 und 2019 herangezogen und in einen Zusammenhang mit Mehrheitsverhältnissen im Repräsentantenhaus, dem Senat sowie der Parteizugehörigkeit des Präsidenten gesetzt. Dahingehend konnten die jährlichen Ausgabenhöhen resp. Trendveränderungen auf Mehrheitsverhältnisse bezogen werden. Die Untersuchung auf Zusammenhänge wurde in drei Bereiche, der Ausgabenhöhen vor Wahlen, Trendveränderungen vor Wahlen sowie Anpassung der Ausgabenhöhen nach Wahlen untergliedert. Der Grundgedanke der Hypothese bestand in der Annahme, dass Sozialpolitik nach möglichst hoher Stimmengenerierung ausgelegt wird und Parteien die Sozialausgaben nach deren Parteientendenz beeinflussen. Politische Akteure versuchen Sozialpolitik nach den Interessen der Partei auszurichten. Ein Einfluss wäre nachweisbar gewesen, wenn sich die Höhe von Sozialausgaben nach erkennbarem Muster durch Mehrheitsverhältnisse im Kongress sowie Parteizugehörigkeit des Präsidenten nach Parteienmerkmalen verändert hätten. Im Falle eines Anstiegs ging die Arbeit von einem Einfluss auf die Ausgaben der Demokratischen Partei aus, im Falle einer negativen Ausgabenentwicklung von einer Beeinflussung der Republikaner.

Der Blick auf die Veränderungen der Ausgabenentwicklungen vor Wahlen beruhte auf der Grundannahme, dass sich die Höhe von Sozialausgaben vor Wahlen durch den Einfluss der Parteien nach deren Positionierungen veränderte. Hierfür wurden zunächst die Niveaus der Sozialausgaben mit denen des Vorjahres verglichen. Bezogen auf eine Aufstellung der zwischen 1980 und 2019 aufgefundenen Mehrheitsverhältnisse wurden jeweilige Ausgabenentwicklungen aufgeschlüsselt. Im Bezug auf einen möglichen Zusammenhang zwischen Parteimehrheiten und den Ausgabenhöhen von Sozialausgaben zwischen Wahljahr und Vorjahr zeigt sich, dass ein Zusammenhang nicht nachweisbar ist. Die Ausgabenveränderungen widersprechen dem zu erwarteten Ausgabenergebnis nach Republikanern und Demokraten. Es ist keine Regelmäßigkeit von Parteeinstellungen gegenüber mehr oder weniger Ausgaben in der tatsächlichen Entwicklung von Mehrheitsverhältnissen erkennbar. Ein Zusammenhang zwischen Wahlen in den USA und der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik zwischen Wahljahr und Vorjahr kann nicht nachgewiesen werden. Die Vermutung, dass die Höhe der Sozialausgaben im Zusammenhang mit

Wahlen in den USA als politisches Instrument im Bezug auf V-S eingesetzt wird, muss abgelehnt werden.

Der Blick auf Trendveränderungen der Ausgabenhöhen vor Wahlen beruhte auf der Grundannahme, dass sich aufgrund von Parteieneinflüssen die Ausgabentrends vor Wahlen wegen Vote-Seeking veränderten. Wenn sich demnach die Trendhaltung der Sozialausgabenhöhen vor Wahlen ändern würden, wäre ein Rückschluss auf V-S im Zusammenhang mit Wahlen angenommen worden. Um die Annahme zu überprüfen, wurden zunächst alle Trendveränderungen in Wahljahren der Ausgabenhöhen von Sozialausgaben zwischen 1980 und 2019 festgehalten. Hieraus anschließend die Trendentwicklungen unter Einbeziehung der Mehrheitsverhältnisse im Kongress sowie der Zugehörigkeit des Präsidenten nach Wahljahren herausgestellt. Mithilfe dieser Herausstellung wurden vorkommende Verhältnisse isoliert und die Häufigkeit der Trendwechsel auf Mehrheiten aufgeschlüsselt. Es zeigt sich, dass kein Rückschluss von Mehrheitskonstellationen auf die Anzahl stattgefundener Trendentwicklungen festgestellt werden kann. Trendveränderungen vor Wahlen finden nicht nach entsprechend erwartbaren Mehrheitskonstellationen statt. Die Annahme muss aufgrund fehlender Regelmäßigkeiten der Trendentwicklungen unter den Mehrheitskonstellationen abgelehnt werden. Im ausgewählten Zeitraum ist kein klarer Trend resp. Regelmäßigkeit nachweisbar.

Der Blick auf die Veränderungen der Ausgabenentwicklungen nach Wahlen beruhte auf der Grundannahme, dass politische Akteure die Ausgabenentwicklung nach den erkennbaren Leitlinien der Partei gegenüber der Höhe von Sozialausgaben beeinflussen würden. Im Falle eines Wechsels der Mehrheiten müsste dies Einfluss auf die Sozialausgaben haben, wenn Sozialpolitik als politisches Instrument eingesetzt wurde. Um dies zu überprüfen, wurden die Ausgabenentwicklungen von Wahljahr auf Folgejahr aufgegriffen. Unter Berücksichtigung von Wahljahr resp. Folgejahren, den Mehrheitsverhältnissen im Kongress sowie der Parteizugehörigkeit des Präsidenten und Ausgabenentwicklung gegenübergestellt. Auf Grundlage der Annahme, dass unter Mehrheiten einer Partei in allen drei Bereichen eine Entwicklung der Ausgabenhöhen nach den jeweiligen Interessen der Partei festzustellen sein müsste, wurden finale Ausgabenentwicklungen nach dem Wahljahr analysiert. Anschließend erfolgte die Bewertung, ob eine Übereinstimmung zwischen Ausgabenentwicklung und Parteizugehörigkeit festzustellen ist. Es zeigt sich, dass die Mehrheitsverhältnisse nicht regelmäßig mit den Ausgabenentwicklungen übereinstimmen. Diese entsprechen nicht dem vermuteten Zusammenhang zwischen höheren Ausgaben unter Demokraten und niedrigeren Ausgaben unter Republikanern. Die Bedingung der Regelmäßigkeit sowie das Auftreten eines Musters konnte aufgrund des unregelmäßigen Vorkommens von Veränderungen der Ausgabenhöhen unter den jeweiligen Parteien nicht erfüllt werden.

Aufgrund der Ablehnung aller drei Untersuchungen zur Annahme, dass es einen Zusammenhang zwischen der Ausgabenhöhe von Sozialpolitik im Konnex auf V-S durch

politische Akteure im Bezug auf Wahlen gibt, kann die Forschungsfrage beantwortet werden. Wegen der fehlenden Korrelation zwischen Ausgabenentwicklungen und Mehrheitsverhältnissen zwischen Wahljahr und vorausgegangenem Jahr sowie Wahljahr und Folgejahr muss die Annahme eines Zusammenhanges verworfen werden. Aus den Ergebnissen der Arbeit zeigt sich, dass Sozialpolitik im Bezug auf Parteienpräferenzen nicht als politisches Mittel eingesetzt wird. Des Weiteren hat sich gezeigt, dass Mehrheitsverhältnisse der Demokraten resp. Republikaner keinen erkennbaren regelmäßigen Einfluss auf die Ausgabenhöhen und Trendentwicklungen von Sozialpolitik haben. Es gibt weder direkte, mit Wahlen einhergehenden Ausgabenveränderungen noch Trendveränderungen aufgrund von Parteimehrheiten. Dies bedeutet nicht, dass politische Akteure im Zusammenhang mit Wahlen kein V-S betreiben, sondern dass eine Korrelation zwischen Wahlen und Ausgabenhöhen der Sozialausgaben nach vorherig definierten Richtlinien nicht erkennbar ist.

Bei einem Blick auf die Ausgabenentwicklungen sind Veränderungen in den Ausgabenhöhen von Sozialausgaben festzustellen. Es kann davon ausgegangen werden, dass neben politischen Akteuren resp. Parteizugehörigkeiten weitere externe Faktoren die Höhe von Sozialausgaben beeinflussen oder ein Einfluss unter Ausschluss von politischen Akteuren stattfindet. Problematisch ist, dass Letztere kaum Beweggründe aufgrund von V-S zugeben werden. Es ist ein schwer einzusehendes Feld, dessen Entscheidungen sowie Motive nicht eindeutig verifizierbar sind. Eventuell kann kein konsequenter Rückschluss von politischen Akteuren auf Parteienpräferenzen erfolgen, weshalb ein Wechsel der Ausgabenhöhen nicht regelmäßig nachgewiesen werden kann.

Die Anbindung an die existierende Forschung offenbart, dass Sozialpolitik durch viele Einflussfaktoren geprägt wird. Ausgabenveränderungen können stets als V-S interpretiert werden. Selbst im Falle tatsächlich unabhängiger Veränderungen kann aufgrund von Wahlinteressen und Ausgabenveränderungen auf V-S rückgeschlossen werden. Aus Abb. 2 gehen neben den Ausgabenentwicklungen der USA auch die ungewichteten durchschnittlichen Sozialausgabenhöhen in % des BIP der 36 OECD Mitgliedsstaaten hervor. Diese folgen in versetzter Ausgabenhöhe dem ungefähren Verlauf der Sozialausgabenhöhe in % des BIP der USA. Innerhalb der OECD existieren verschiedene Formen des Sozialstaates, bestehend aus liberal, konservativ und sozialdemokratisch (Vgl. Esping-Andersen, 1990). Auch Wahlzyklen, Wahlsysteme und soziale Forderungen resp. länderspezifische Einstellungen gegenüber Sozialpolitik unterscheiden sich. Die Korrelation beider Ausgabenverläufe kann ein Hinweis auf externe Faktoren sein, welche Trendveränderungen in der Sozialpolitik beeinflussen. Es ist zu vermuten, dass Sozialausgabenhöhen gesellschaftlichen Trends, weltwirtschaftlichen Ereignissen sowie anderer Makrofaktoren entspringen. Dies entspricht auch dem Konsens der allgemeinen Forschung. Dahingehend kann vermutet werden, dass V-S im Bezug auf die Ausgabenhöhen der

USA eher Makrofaktoren entspringt, als sich alleinig auf Mehrheitsverhältnisse und Wahlzyklen zu beschränken.

Die Beschränkung liegt in der Limitation des Umfangs der Arbeit. Dahingehend könnte sich die weitere Forschung mit den spezifischen Veränderungen der Sozialpolitik befassen resp. Auslöser für Ausgabenveränderungen analysieren. Des Weiteren würde es sich anbieten, dass Wahlversprechen im Bereich der Sozialpolitik auf deren tatsächliche Umsetzung überprüft werden und inwiefern Letztere einen Einfluss auf Wahlergebnisse im Bezug auf V-S haben. Eine Ausweitung der in der Arbeit vorgenommenen Analyseeinheiten, bezogen auf Trendveränderungen und Ausgabenentwicklungen, könnte auf andere Länder erweitert werden, wobei sich zunächst die Mitgliedsstaaten der OECD anbieten würden. Es zeigt sich, dass Sozialpolitik und dessen Einsatz im Bereich des V-S ein weites Feld ist.

6 Literaturverzeichnis

- Béland, D., 2005. Ideas and Social Policy. An Institutional Perspective. *Social Policy & Administration*, 39(1), p. 1–18.
- Benz, A., 2007. Politischer Wettbewerb. In: A. Benz, S. Lütz, U. Schmink & G. Simonis, eds. *Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag, p. 54–67.
- Besley, T. & Case, A., 1995. Incumbent Behaviour: Vote-Seeking, Tax-Setting, and Yardstick Competition. *The American Economic Review*, 85(1), p. 25–45.
- Brusco, V., Nazareno, M. & Stokes, S. C., 2004. Vote Buying in Argentina. *Latin American Research Review*, 39(2), p. 66–88.
- Cook, F. L. & Barrett, E. J., 1992. *Support for the American Welfare State. The Views of Congress and the Public*. New York: Columbia University Press.
- Cox, G. W. & Kousser, M., 1981. Turnout and Rural Corruption: New York as a Test Case. *American Journal of Political Science*, 25(4), p. 646–663.
- Cox, G. W. & McCubbins, M. D., 1986. Electoral Politics as a Redistributive Game. *Journal of Politics*, 48(2), p. 370–389.
- Cruz, C., Keefer, P., Labonne, J. & Trebbi, F., 2018. Making Policies Matter: Voter Responses to Campaign Promises. *Nber Working Paper Series*, Issue 24785.
- Däubler, T., Bräuninger, T. & Brunner, M., 2016. Is Personal Vote-Seeking Behavior Effective?. *Legislative Studies Quarterly*, 41(2), p. 419–444.
- Diaz-Cayeros, A., Magaloni, B. & Weingast, B. R., 2003. *Tragic Brilliance: Equilibrium Hegemony And Democratization in Mexico*. s.l.:SSRN Electronic Journal.
- Downs, A., 1968. *Ökonomische Theorie der Demokratie*. 1. Deutsche Ausgabe ed. Tübingen: Mohr.
- Dupond, J., Bytzeck, E., Steffens, M. C. & Schneider, F. M., 2018. *Zur Wahrnehmung politischer (Wahlkampf-) Aussagen als Wahlversprechen*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.
- Election Statistics: 1920 to Present, 2022. *History, Art & Archives. United States House of Representatives*. [Online] Available at: <https://history.house.gov/Institution/Election-Statistics/Election-Statistics/> [Accessed 08 12 2022].
- Esping-Andersen, G., 1990. The Three Political Economies of the Welfare State. *International Journal of Sociology*, 20(3), p. 92–123.
- Esping-Andersen, G., 1999. *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press.
- Faricy, C. G., 2015. *Welfare for the Wealthy. Parties, Social Spending, and Inequality in the United States*. New York: Cambridge University Press.

- Fleurbaey, M. & Blanchet, D., 2013. *Beyond GDP. Measuring Welfare and Assessing Sustainability*. New York: Oxford University Press.
- Gans-Morse, J., Mazzuca, S. & Nichter, S., 2009. Who Gets Bought? Vote Buying, Turnout Buying, and Other Strategies. *Working Paper Series*, 09(0006), p. 1–47.
- Geschichte und Entwicklung des Sozialsystems in den USA, 2022. *Mauthausen Komitee Österreich*. [Online]
Available at: <https://www.unser-amerika.at/sozialsysteme/geschichte-entwicklung-sozialsystems-usa>
[Accessed 21 10 2022].
- Greer, S., 2015. John W. Kingdon. Agendas, Alternatives, and Public Policies. In: M. Lodge, E. C. Page & S. J. Balla, eds. *The Oxford Handbook of Classics in Public Policy and Administration*. Oxford: Oxford Handbooks, p. 417–432.
- Gritter, M., 2018. *Republican Presidents and the Safety Net. From Moderation to Backlash*. Lanham, Boulder, New York, London: Lexington Books.
- Hacker, J. S., 2004. Privatizing Risk without Privatizing the Welfare State. The Hidden Politics of Social Policy Retrenchment in the United States. *The American Political Science Review*, 98(2), p. 243–260.
- Hanusch, M. & Keefer, P., 2014. Younger parties, bigger spenders? Party age and political budget cycles. *European Economic Review*, Volume 72, p. 1–18.
- Hanusch, M., Keefer, P. & Vlaicu, R., 2016. Vote Buying or Campaign Promises? Electoral Strategies When Party Credibility Is Limited. *IDB Working Paper Series*, Volume IDB-WP-691, p. 1–29.
- Hubka, B. & Obermann, G., 1977. Zur Wahlzyklik wirtschaftspolitischer Maßnahmen. Ein empirischer Test der Stimmenmaximierungshypothese. *Empirica*, Volume 4, p. 57–83.
- Kingdon, W. J., 1995. *Agenda, Alternatives, and Public Policies*. 2. Auflage ed. New York: Harper Collins College Publishers.
- Köhler, A., 2018. *Vote-Seeking in der deutschen Gesundheitspolitik. Der Einfluss von bevorstehenden Wahlen in Bund und Ländern auf Reforminitiativen*. Wiesbaden: Springer VS.
- Krugman, P., 2017. Republicans Are Coming for Your Benefits. *The New York Times*, 04 12.
- Laver, M. & Sergenti, E., 2012. *Party competition. An agent-based model*. Princeton: Princeton University Press.
- Lindbeck, A. & Weibull, J. W., 1987. Balanced-Budget Redistribution as the Outcome of Political Competition. *Public Choice*, 52(3), p. 273–297.
- Morgan, J. & Várdy, F., 2012. Negative Vote Buying and the Secret Ballot. *Journal of Law, Economics, & Organization*, 28(4), p. 818–849.

- Nichter, S., 2008. Vote Buying or Turnout Buying? Machine Politics and the Secret Ballot. *American Political Science Review*, Volume 102, p. 15–28.
- Nichter, S., 2014. Conceptualizing vote buying. *Electoral studies*, Volume 35, p. 315–327.
- Noble, C., 1997. *Welfare As We Knew It. A Political History of the American Welfare State*. New York: Oxford University Press.
- Papadakis, E. & Bean, C., 1993. Popular Support for the Welfare State. A Comparison between Institutional Regimes. *Journal of Public Policy*, 13(3), p. 227–254.
- Rudolph, T. & Popp, E., 2008. Bridging the Ideological Divide. Trust and Support for Social Security Privatization. *Political Behavior*, Volume 31, p. 331–351.
- Ruggie, M., 1992. The Paradox of Liberal Intervention. Health Policy and the American Welfare State. *American Journal of Sociology*, 97(4), p. 919–944.
- Schady, N. R., 2000. The Political Economy of Expenditures by the Peruvian Social Fund (FONDCODES). 1991–1995. *American Political Science Review*, 94(2), p. 289–304.
- Schram, S. F. & Soss, J., 2001. Success Stories. Welfare Reform, Policy Discourse, and the Politics of Research. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, Volume 577, p. 49–65.
- Skocpol, T. & Williamson, V., 2012. *The Tea Party and the Remaking of Republican Conservatism*. Oxford: Oxford University Press.
- Social Expenditure – aggregated data, 2022. *OECD.Stat*. [Online] Available at: https://stats.oecd.org/Index.aspx?datasetcode=SOCX_AGG#%20 [Accessed 29 10 2022].
- Trattner, W. I., 1999. *From Poor Law to Welfare State. A History of Social Welfare in America*. 6. Auflage ed. New York: Free Press.
- Tuttnauer, O. & Wegmann, S., 2022. Voting for Votes. Opposition Parties' Legislative Activity and Electoral Outcomes. *American Political Science Review*, 116(4), p. 1357–1374.
- Weaver, K. R., 2000. *Ending Welfare as We Know It*. Washington, D.C.: Brookings Institution Press.

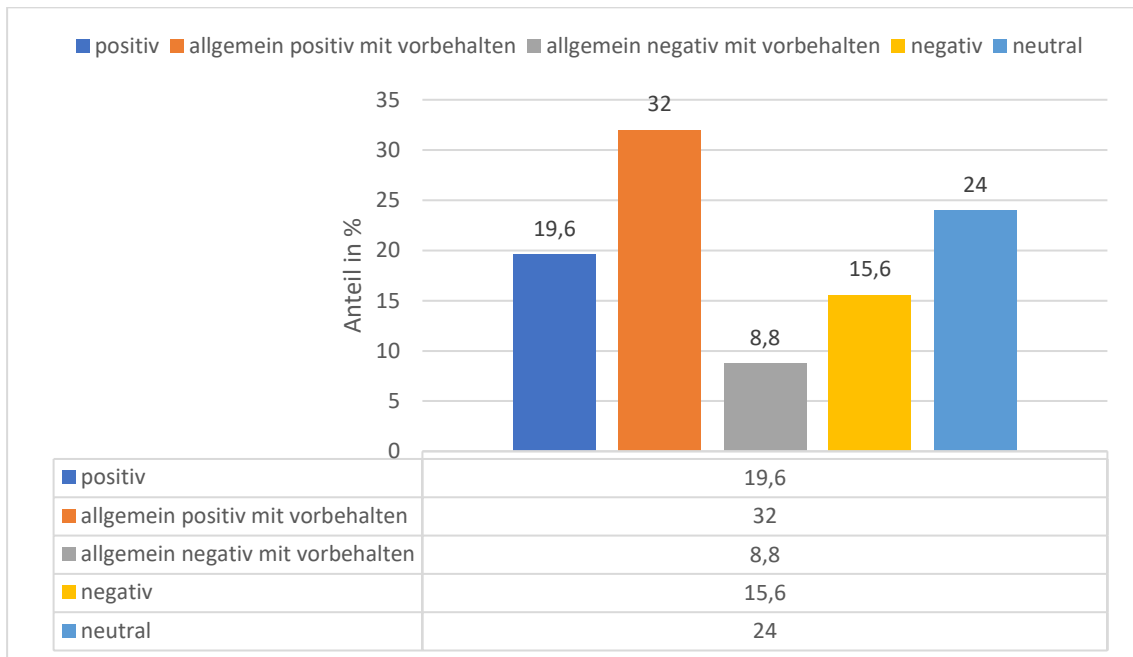
7 Abkürzungsverzeichnis

Abb.	Abbildung
resp.	respektive
Tab.	Tabelle
Vote-Seeking	V-S
Vote-Buying	V-B

8 Anhang

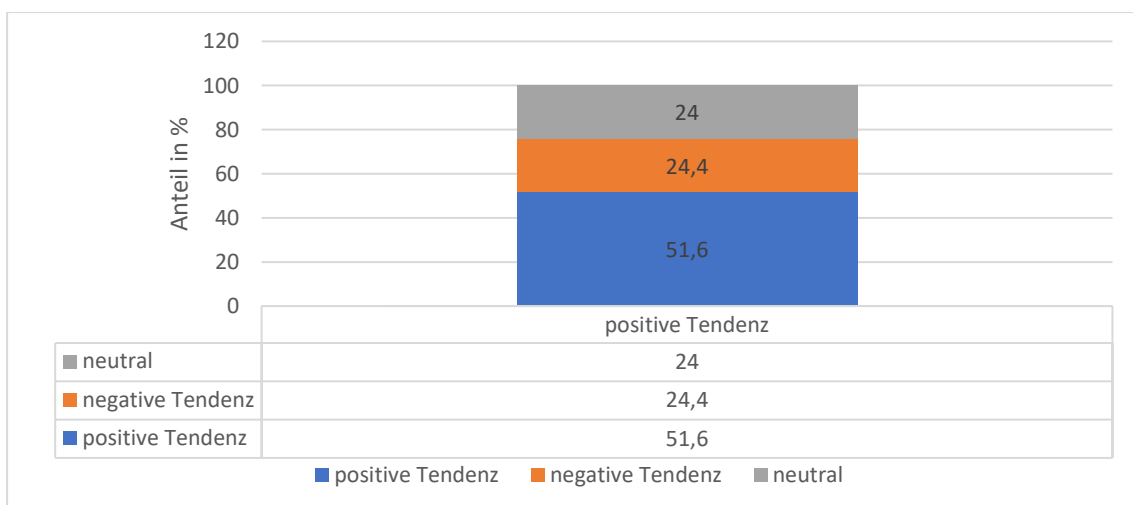
Abb. 6 zeigt die Tendenzen der Berichterstattungen der 50 größten Tageszeitungen der USA zwischen Januar 1998 und September 2000. Zwischen Januar 1998 und September 2000 veröffentlichten die 50 top Zeitungen in den USA 250 Artikel über Reformen des Wohlfahrtsstaates resp. Sozialreformen (Vgl. Schram & Soss, 2001, p. 49).

Abbildung 6: Berichte über Sozialreformen der 50 größten Zeitungen in den USA zwischen Januar 1998 und September 2000



In Anlehnung an: (Schram & Soss, 2001, p. 52).

Abbildung 7: Berichte über Sozialreformen der 50 größten Zeitungen in den USA zwischen Januar 1998 und September 2000 – positive, neutrale und negative Tendenzen



In Anlehnung an: (Schram & Soss, 2001, p. 52).

Tabelle 8: Überblick über Mehrheitsverhältnisse von Demokraten und Republikanern im Kongress sowie der Präsidentschaft nach Wahlen von 1980 bis 2019

Zeile	Kategorie	A	B	C	D	E	F
1	Mehrheit im Repräsentantenhaus	D	D	D	R	R	R
2	Mehrheit im Senat	R	D	D	R	D	R
3	Präsident	R	R	D	R	D	D
4	Anzahl der Vorkommen	3	4	2	4	2	4
5	Resultat 1	x	x	-	+	-	-
6	Resultat 2	x	x	+	x	+	x
7	Resultat 3	+	x		x		x
8	Resultat 4		+		-		x
9	Vorkommen +	1	1	1	1	1	0
10	Vorkommen -	0	0	1	1	1	1
11	Vorkommen x	2	3	0	2	0	3

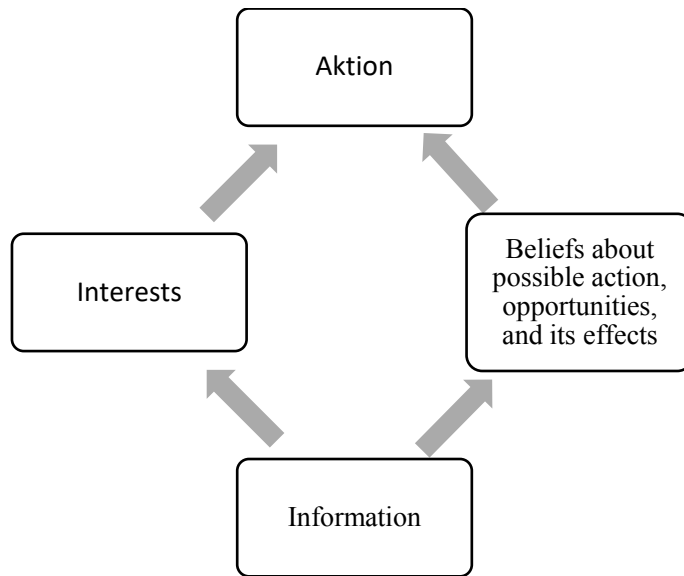
(eigene Angaben)

Anmerkung: Aufgrund der schwankenden Mehrheitszugehörigkeiten des 107. Kongress beinhaltet der Blick vor die Wahlen 3 RRR, der Blick nach Wahlen 4 RRR Vorkommen.

D = Mehrheit liegt bei Demokraten
R = Mehrheit liegt bei Republikanern
X = keine Trendveränderung

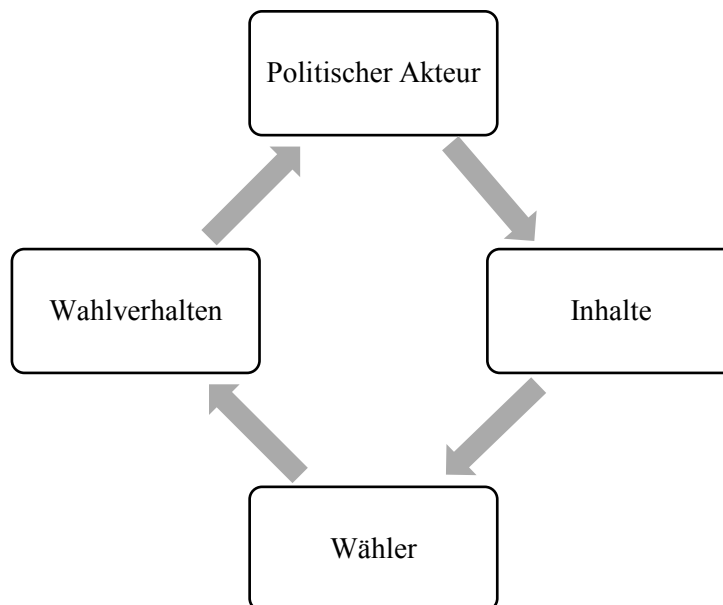
Auf Basis des eingeführten Überblicksschemas (Tab. 6) werden die Ergebnisse in Tab. 8 deren Mehrheitsverhältnissen entsprechen aufgeschlüsselt. Es fällt auf, dass im Gegensatz zu den vorausgegangenen Aufschlüsselungen keine Mehrungen bei positiven, resp. negativen Trendveränderungen entstehen.

Abbildung 8: Einfache Darstellung der Entscheidungsfindung nach der Rational-Choice Theorie



(Madrigal, et al., 2008, p. 4.).

Abbildung 9: Einfache Darstellung der Beeinflussung politischer Akteure nach der Rational-Choice Theorie



(Köhler, 2018, p. 97).

Die Theorie verlangt Vollständigkeit und Transitivität. [Wenn $III > II$ und $II > I$, dann muss sich daraus $III > I$ ergeben.]

Tabelle 9: Social Expenditure - Aggregated data von 1980 bis 2019

	Sozialausgaben in % des BIP der USA	Sozialausgaben in % der Gesamtausgaben des Staates der USA	Sozialausgaben in % des BIP der 36 OECD Mitgliedsstaaten (ungewichtet)
2019	18,7		20
2018	18,2	48	19,8
2017	18,4	48,5	19,9
2016	18,6	48,8	20,2
2015	18,5	48,7	20,2
2014	18,5	48	20,3
2013	18,5	47	20,4
2012	18,5	45,6	20,3
2011	18,8	44,4	20,2
2010	19,1	44,2	20,6
2009	18,4	43,3	20,8
2008	16,3	41,5	18,5
2007	15,7	42,1	17,8
2006	15,5	42,3	18
2005	15,5	41,9	18,3
2004	15,7	42,4	18,3
2003	15,8	42,6	18,5
2002	15,5	42,6	18,2
2001	14,7	41,6	17,7
2000	14,1	41,1	17,5
1999	14,1	40,6	17,8
1998	14,4	40,7	17,9
1997	14,3	39,5	17,8
1996	14,7	39,6	18,1
1995	14,9	39,5	18,2
1994	15,1	39,6	18,4
1993	15,1	38,8	18,7
1992	14,8	37,9	18,2
1991	14,2	36,9	17,4
1990	13,2	35,3	16,5
1989	12,8	35	15,8
1988	12,8	34,8	15,9
1987	12,9	34,3	16
1986	12,9	34,3	15,9
1985	12,6	33,9	16,1
1984	12,9	34,8	15,3
1983	13,8	36,4	15,6
1982	13,6	36,5	15,3
1981	13,2	37,1	14,8
1980	12,9	36,8	14,5

(Social Expenditure – aggregated data, 2022).